

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Berechnung: 2.50 RM. monatlich 1.20 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 19. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verbreiter: Am Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verbreiter: Am Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Massenstürme am Isonzo.

Englischer Angriff zwischen Gavrelle und Fresnes - Bullecourt geräumt - Französische Teilangriffe bei Brahe, Craonelle, Craonne, Sapiqueul - Deutsche Bataillone in starkem Kampf bei Makovo.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Mai 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Arasfront nahm das Artilleriefener beiderseits der Scarpe wieder zu. Ein nach Mitternacht an der Straße Gavrelle - Fresnes vordringender englischer Angriff wurde im Nahkampf abgewiesen.

Die Trümmerstätte des ehemaligen Dorfes Bullecourt ist beschlagentümmt ohne Einwirkung durch den Feind geräumt worden, der sich erst 24 Stunden später dort festsetzte.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auch an der Aisne-Champagne-Front wurde mit zunehmender Stille die Tätigkeit der Artillerie wieder lebhafter, besonders auf den Höhen des Chemin-des-Dames und bei Prosnés. Dieser Feuerwirkung folgende Teilangriffe der Franzosen bei Brahe, nördlich von Craonelle und bei Craonne wurden sämtlich abgewiesen. Ebenso blieb nördlich von Sapiqueul ein erneuter Vorstoß des Feindes gegen die Höhe 108 erfolglos.

Defilich der La Foyère Tzwe. führten zwei aus Berlinern und Brandenburgern bestehende Kompagnien einen von den Franzosen in den Kämpfen am 5. Mai besetzten Graben und nahmen die aus über 150 Mann bestehende Besatzung gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von stellenweise auflebender Feuertätigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Im Gerna-Bogen erlitt der Feind gestern eine neue Schlappe. Nach sechstägiger Artillerievorbereitung beiderseits von Makovo

einsetzende starke Angriffe wurden restlos abgewiesen. Von den am Kampf beteiligten deutschen Truppen haben sich besonders ostpreussische und schlesische Bataillone, sowie Gardeschützen ausgezeichnet.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendgraff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 18. Mai abends.

Im Westen nur vereinzelt lebhaftere Ge-richtstätigkeit.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Mai 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Isonzschlacht dauert an. Die hohe Ost südöstlich von Plava wurde gestern früh nach zweitägigen wechselvollen und mit größter Erbitterung geführten Kämpfen aufgegeben. Unsere Truppen setzten sich einige hundert Meter östlich des Berges fest. - Im Gebiete von Görz herrschte tagüber auffallende Ruhe. Nach Einbruch der Dunkelheit stürmte der Feind, auf jedwede Artillerievorbereitung verzichtend, plötzlich in dichten Massen aus seinen Gräben hervor. Alle seine Anstrengungen, in unseren Linien Fuß zu fassen, scheiterten an der fast blutigen Abwehr unserer braven Truppen. Heute früh unternahm der Feind einen starken Vorstoß gegen den Monte Santo. Die Verteidiger warfen ihn im Nahkampf herab. Seit Beginn der Infanterieschlacht führten wir über 3000 Gefangene zurück. - Im Flitscher- und im Plöcken-Gebiet, sowie in Südtirol steigerten die Italiener ihr Geschüßfeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Die Beseitigung des Erpressungsparagrafen für die Streikandrohung.

Kein Zweifel daß nach dem Kriege heftige Lohnkämpfe entstehen werden. Soll bei diesen Kämpfen wieder die Gefahr, wegen Erpressung bestraft zu werden, über den Arbeitern schweben? Sie besteht unvermindert fort. Unzählige Male ist in der Streikandrohung das infamierende Delikt der Erpressung erblickt worden. Die Rechtspredung des Reichsgerichts ist hier Wege gewandelt, die einem nicht juristisch geschulten Rechtsgefühl ganz unverständlich bleiben und es geradezu zur Empörung aufweckten mußten. Zuerst ist in einer Entscheidung vom 6. Oktober 1890 (C. d. R.-G. i. St. Bd. 21, S. 114) in der Drohung mit Arbeitseinstellung zum Zweck der Erlangung von Zugeständnissen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Erpressung erblickt worden. Erpressung liegt nach § 253 St.G.B. dann vor, wenn jemand, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Bei der Auslegung des Begriffs Erpressung haben die Strafsenate des Reichsgerichts jede n Vermögensvorteil für rechtswidrig bezeichnet, auf den kein klagbares Anrecht besteht. Da die Arbeiter auf günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen einen klagbaren Rechtsanspruch nicht haben, so stellt sich die Androhung des Streiks, um den Unternehmer zu höheren Löhnen zu veranlassen, nach der Auffassung des Reichsgerichts als Erpressung dar. Wir können die Arbeiter nicht zählen, die auf Grund solcher Deduktion mit dem schmachvollen Brandmal der Erpressung durch Verurteilung zu Gefängnis offiziell abgestempelt wurden.

Das Reichsgericht hat bisher diese Rechtsauffassung nicht preisgegeben. Noch kurz vor dem Kriege hat es ein Urteil dieser Art ergehen lassen. Das Urteil vom 13. Dezember 1913 ist in der Mainnummer der Deutschen Strafrechts-Zeitung von 1914 abgedruckt. In dem ihm zugrunde liegenden Straffalle handelte es sich um eine Vorfottandrohung. Das Reichsgericht hat ein freisprechendes Urteil des Landgerichts aufgehoben. Es sei für die Erfüllung des Tatbestandes der Drohung im Sinne des § 253 gleichgültig, ob das angedrohte Mittel ein widerrechtliches oder ob der Androhende zu dessen Zufügung berechtigt sei. Es komme auch nicht darauf an, ob beabsichtigt gewesen sei, einen bewußt rechtswidrigen Vermögensvorteil für irgend jemand zu erlangen. Der Angeklagte sowie der von ihm vertretene Arbeiterverband und die Ausständigen hätten auf die erstrebte Lohnenerhöhung keinen Anspruch gehabt, so daß der erstrebte Vermögensvorteil ein rechtswidriger gewesen sei. Diese Rechtswidrigkeit würde dadurch nicht beseitigt, daß das Mittel seiner Erlangung ein an sich erlaubtes gewesen.

Natürlich ist dem Reichsgericht nicht unbekannt gewesen, daß diese Rechtspredung die heftigste Anfechtung erfahren hatte. Am 12. Juli 1906 hat der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts indirekt sich scharf gegen die Rechtspredung der Strafsenate ausgesprochen. (Entschd. des R.-G. i. Z. Bd. 64, S. 52.) Es müsse als ausgeschlossen gelten, daß es unter die durch § 153 G.D. verbotene Drohung falle, wenn die Partei, welche durch an sich erlaubte Kampfmittel günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebe, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entschliebung über die strittigen Fragen einzuwirken suche. Die wirkliche Anwendung der in Betracht kommenden Maßnahmen stelle, verglichen mit der bloßen Androhung derselben das schärfere, zur Drohung des Widerstandes wirksamere Mittel dar, und es erscheine unmöglich, anzunehmen, daß der Gesetzgeber das intensivere Zwangsmittel hatte gestatten, das mildere aber mit Strafe bedrohen wolle.

Bezieht sich dieses Urteil auch nur auf § 153 G.D., so treffen die Gedanken desselben doch auch in jeder Beziehung auf § 253 St.G.B. zu. Sicher steht diese Rechtspredung in Strafsachen mit der Tendenz des § 152 G.D. im krassen Widerspruch. Das hat auch die Begründung der 1909 dem Reichstag vorgelegten Novelle zum Strafgesetzbuch anerkannt.

So darf das Recht nicht bleiben. Es muß geändert werden, noch während des Krieges. Darauf zu bauen, daß etwa durch die Erfahrungen des Krieges das Reichsgericht seine Rechtspredung ändern könnte, wäre bodenloser Leichtsin. Selbst dann, wenn etwa eine solche Hoffnung eine gewisse Stütze fände in einem Urteil des Reichsgerichts vom 8. Oktober 1914. In diesem Urteil handelte es sich auch um den Erpressungsparagrafen. Das Landgericht Traunstein hatte am 7. April 1914 drei organisierte Arbeiter wegen versuchter Erpressung mit 10 Tagen Gefängnis be-

Die Passfrage für Stockholm.

Wie wir vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfahren, ist die Passfrage betr. die Internationale Sozialisten-Konferenz in Stockholm jetzt auch für die Delegierten der Partei der „Unabhängigen Sozialisten“ geregelt.

Die neue russische Regierung.

Petersburg, 18. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung und die demokratischen Parteien einigten sich über die Verteilung der Ministerposten wie folgt:

Fürst Lewow Ministerpräsident und Ministerium des Innern, Tscherschenko auswärtige Angelegenheiten, Konowalow Handel und Industrie, Dodnew Staatskontrollleur, der Sozialist Skobelew, Vizepräsident des Rates der Soldaten und Arbeitervertreter, Arbeitsminister, der Rechtsanwalt Perewerzew Justiz, der Sozialist Tschernow Ackerbau, der nationalsozialistische Sozialist Plechanow Verpflegung, Kerenski Krieg und Marine, Schingarew Finanzen, Tseretelli Post und Telegraph, Nekrasow Verkehr, Manuilow öffentlicher Unterricht.

Außerdem wurden Professor Grimm und Fürst Schakowskoi, Sekretär der Ersten Duma, als Kandidaten für die Aemter eines Ministeriums für die konstituierende Versammlung betreffenden Angelegenheiten und für das Ministerium öffentlicher Hilfeleistung aufgestellt.

Ein französisches Urteil über die deutsche Sozialdemokratie.

„Populaire du Centre“ über Scheidemann.

Der „Populaire du Centre“ das tägliche Organ der französischen Arbeiterheit, wirkt im Sinne Longuets und Mistrols für die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz und überhaupt für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Auf den Entwurf der Mehrheit, daß durch diese Beteiligung das moralische Ansehen Scheidemanns erhöht würde, antwortet das Blatt in seinem Leitartikel vom 8. Mai:

„Wir haben die Reichstagsreden Scheidemanns gelesen. Auch auf die Gefahr hin, von manchen Leuten deswegen angebrüllt zu werden, erklären wir ohne Zaudern, daß wir in diesen Reden sehr oft den reinsten sozialistischen Geist wiedergefunden haben. So manche unserer Genossen könnten sich ganz gut an ihnen ein Beispiel nehmen. Zudem wird Scheidemann seit einiger Zeit von den Alldeutschen und der ganzen Regierungspresse heftig angegriffen, weil er sich für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung erklärt hat.“

„Das sind natürlich keine zureichenden Gründe, um sein Werk in allen Teilen zu billigen. Das deutsche Volk wird über ihn urteilen, wenn es aus den Schützengräben zurückkehrt. Aber er ist jetzt kein Vertreter im Reichstag und in der Internationale, und als solcher reißt er nach Stockholm. Es wäre deshalb ein Fehler, ihn abzulehnen.“

Die Daumschraube des Krieges.

Washington, 18. Mai. (Neutermeldung.) Im Repräsentantenhaufe wurde amtlich mitgeteilt, daß es notwendig sein würde, 2245 Millionen Dollar statt der ursprünglich vorgeschlagenen 1800 Millionen durch das Kriegsfinanzgesetz aufzubringen. Infolgedessen ist vorgeschlagen worden, den im Gesetzentwurf vorgesehenen Zuschlag zur Einkommensteuer um ein Viertel zu erhöhen.

Kein italienischer Erfolg am Isonzo.

Wien, 18. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird vom 18. d. M. abends gemeldet: Im Frontabschnitt Plava-Bippachtal wurde auch heute erbittert gekämpft. Der Feind vermochte nirgends einen Erfolg zu erzielen.

Der letzte Angriff auf Dover.

Rotterdam, 18. Mai. Nach zuverlässigen Nachrichten aus England sind durch den letzten Angriff auf Dover schwere Beschädigungen an verschiedenen Docks verursacht, wo für die Flotte bestimmte Lebensmittel aufgestapelt waren. Der größte Schaden ist hier beim Löschen des entstandenen Brandes erwachsen. Die meisten Geschosse fielen zwischen Rearden und Dover und vernichteten einen Flugzeugschuppen mit drei Flugzeugen. Zwei Torpedoboote wurden zum Sinken gebracht. Eines dieser Boote hielt sich lange genug über Wasser, um die Verladung in Sicherheit zu bringen. Trotzdem waren die Verluste beträchtlich, auch auf den anderen Schiffen, die am Gefecht beteiligt waren. Man spricht von 150 bis 200 Toten und ebensoviel Verwundeten. Unter den Gefallenen Seeoffizieren befindet sich auch Kapitän Steel, dessen Bruder Leutnant Steel kürzlich als Flieger gefallen ist; beide sind Reffen von Lloyd George.

Kraft. Weil sie nichtorganisierte Arbeiter zum Beitritt zu ihrer Organisation hatten veranlassen wollen. Das Landgericht hatte angenommen, daß der Vermögensvorteil, den die Angeklagten den betreffenden Verbänden in Form von Mitgliedsbeiträgen verschaffen wollten, ein rechtswidriger gewesen sein würde, da diesen Verbänden ein rechtlicher Anspruch auf solche Beiträge nicht zustehe. Deshalb wurde der Tatbestand der verbotenen Erpressung für festgestellt erachtet.

Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht mit folgender Begründung verworfen: „Wenn das Landgericht angenommen hat, daß die Angeklagten den fraglichen Arbeiterorganisationen die Beiträge des Arbeiters zuwenden wollten und hierin einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erblickt, so ist dies formell nicht zu beanstanden, die Beurteilung wegen verbotener Erpressung also gerechtfertigt. Es ist aber nicht zu verhehlen, daß die Auffassung der Strafkammer überraschend ist. Das Urteil verrät einen gewissen Mangel an sozialem Empfinden oder mangelnde Kenntnis der Arbeiterverhältnisse. Denn es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß diese Organisationen den Zweck haben, durch festes Zusammenhalten und Ausschluß der nichtorganisierten Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen gegenüber den Unternehmern zu erlangen. Warum es hier anders gewesen und den Angeklagten nicht darum zu tun gewesen sein soll, den §. zum Beitritt zu ihren Organisationen zu veranlassen, ist allerdings nicht so leicht einzusehen. Insbesondere dies liegt auf tatsächlichem Gebiete, und das Reichsgericht ist außerstande, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen.“

Was nützt eine solche ja ganz interessante Beurteilung der gewerkschaftlichen Organisationen, wenn die Bestrafung bestehen bleibt. Dann hängt es eben ganz von der Auffassung der Landgerichte ab, ob sie die Merkmale der Erpressung feststellen oder nicht. Und das liegt ja auf tatsächlichem Gebiete, an die das Reichsgericht nicht heran kann.

Also es muß das Recht geändert werden. Schon im Interesse des ruhigen Fortgangs des Wirtschaftslebens. Überall sind während des Krieges Schlichtungsstellen errichtet worden, vor denen verhandelt werden kann und muß — eine Einrichtung, über die auch für den Frieden zu sprechen ist —, aber man ermögliche vor allen Dingen das Verhandeln mit den Unternehmern erst selbst einmal und schaffe die Möglichkeit, daß dabei auch ein klares Wort gesprochen werden kann. Zu diesem Zweck muß §. 253 Str.G.B. geändert werden. In dem Strafgesetzentwurf der vier Berliner Professoren v. List, v. Lilienthal, Kühl und Goldschmidt wird der Begriff der Erpressung so formuliert:

„Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen dem Recht zuwiderlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen, fremdes Vermögen dadurch beschädigt, daß er einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung . . . zu bestrafen.“

Diese Formulierung wird jede Bestrafung wegen Erpressung bei Lohnkämpfen ausschließen. Ein dem Recht zuwiderlaufender Vermögensvorteil kann das Verlangen nach Lohnerhöhung niemals sein. Ebenso wenig der Versuch, durch neue Mitglieder „dem Verbands Mitgliedsbeiträge zu verschaffen“. Ob wohl schon jemals ein Arbeiter hieran gedacht hat, wenn er neue Mitglieder für seine Organisation warb?

In ähnlicher Weise, wie es in diesem Vorschlage geschieht, stellen auch die Vorschläge der Gesellschaft für Soziale Reform den Begriff der Erpressung auf die Abnötigung eines dem Gesetze zuwiderlaufenden Vermögensvorteils ab. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat durch einen besonderen Ausschuss, in dem die hauptsächlichsten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen vertreten waren, die Neuregelung des Koalitionsrechts zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht. Dieser Ausschuss will dem §. 253 folgende Fassung gegeben wissen:

„Als Erpressung ist zu bestrafen die Vermögensbeschädigung durch Abnötigung eines dem Gesetze zuwiderlaufenden Vermögensvorteils zugunsten des Nötigenden oder eines Dritten. Diese Nötigung muß, wenn Erpressung vorliegen soll, erfolgt sein durch diejenigen Mittel, die die räuberische Erpressung im Sinne des Reichsstrafgesetzbuchs charakterisieren, oder durch die Androhung von Handlungen, die an sich bereits gegenwärtig sind, oder endlich durch Drohung mit Strafanzeige, Offenbarung von Geheimnissen, Verlassen in hilfloser Lage oder mit einem Uebel, das außerhalb jedes verkehrsmäßigen Zusammenhangs mit dem Entschlusse steht, zu dem der Bedrohte genötigt werden soll.“

Es ist also leicht, eine Aenderung eintreten zu lassen. Jeder dieser beiden Vorschläge schließt die Bestrafung eines Arbeiters wegen Androhung eines gewerkschaftlichen Kampfmittels aus. Und diese Ausschließung ist eine der wichtigsten Reformen auf dem Gebiete des Koalitionsrechts.

Wir haben vor einigen Tagen die glatte Beseitigung des §. 133 G.D. gefordert. Dieser Beseitigung hat sich die Aenderung des §. 253 Str.G.B. anzuschließen.

Noch jetzt während des Krieges. Auch sie bildet keinen Ausschub.

Die Tat Fritz Adlers vor Gericht.

Wien, 18. Mai. Heute vormittag begann vor dem Ausnahmegericht der Prozeß gegen Dr. Friedrich Adler wegen Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh.

Die Anklageschrift schildert im einzelnen den mörderischen Anschlag auf Grund der Ergebnisse der Voruntersuchung und des rückhaltlosen Geständnisses des Beschuldigten, aus dessen Erklärungen hervorgeht, daß er schon zu Beginn des Jahres 1915 mit dem Gedanken eines Attentats umging. Die Personen, gegen die es gerichtet werden sollte, wechselten im Laufe der Zeit. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 will Adler zur Entschcheidung gekommen sein, daß der österreichische Ministerpräsident den geeignetsten Gegenstand seines verbrecherischen Planes darstelle. Als Adler am 20. Oktober die Mitteilung erhielt, daß die Abhaltung einer für den 23. anberaumten Versammlung, deren Einberufer den bürgerlichen Parteien angehörten, untersagt worden sei, hielt er, der als Urheber dieses Verbotes den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ansah, den Augenblick für gekommen. Adler bezeichnete die Ermordung als eine Kundgebung, welche

der Welt die österreichischen Zustände zeigen sollte und andererseits der sozialdemokratischen Partei ihre feige Haltung vor Augen führen sollte, da sie jede Bekämpfung dieser Ausnahmebereifung der österreichischen Regierung unterlassen hätte. Die Anklageschrift kommt zu dem Schlusse, daß nicht nur politische Verblendung, sondern das Bewußtsein des persönlichen Zusammenbruchs Adlers, von dem sich infolge seiner leidenschaftlichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie alle Parteiführer abgewandt hatten, seine auf die Gewalttat gerichteten Gedanken verdrängt haben.

Ueber das Verhältnis Adlers zur sozialdemokratischen Partei führt die Anklageschrift im einzelnen weiter aus:

Seit Kriegsbeginn ist die Tätigkeit Adlers ein ununterbrochener, leidenschaftlich geführter Kampf in Wort und Schrift gegen die österreichische sozialdemokratische Partei, ihre Führer und ihre Presse. Und wiewohl er seine Geschäfte im Parteisekretariat bis zum Schlusse fortführte, sah er sich seit dem Sommer vorigen Jahres nicht mehr als der Partei angehörig an. Die Anklageschrift blieb begreiflicherweise nicht unbeantwortet, er mußte sich heftige und entschiedene Zurückweisungen gefallen lassen. Die gegenseitigen Angriffe in der Presse haben in der letzten Zeit ihren Höhepunkt erreicht. So kam es ganz eigentlich von selbst, daß alle Parteifreunde allmählich von Adler abtrüben und er auch die letzten persönlichen Anhänger verlor. Sein Verhör am 23. Oktober schließt er mit den Worten: „Keiner war da, mit dem ich meine Auffassung in allen ihren Konsequenzen auch nur hätte besprechen können. . . Ich stand also tatsächlich ganz allein.“ Wie völlig vereinsamt aber Friedrich Adler mit seinen terroristischen Grundgedanken blieb, spricht er am 23. Oktober aus: „Ich habe den Gedanken einer Gewaltanwendung weder damals (als zuerst der Gedanke an eine Gewalttat auftauchte) noch jemals später geäußert, da ich mir sofort bewußt war, daß ich damit bei meinen Parteigenossen auf kein Verständnis hoffen würde, ich sogar der Verhöhnung oder Verspottung ausgelegt wäre.“

Noch am Abend vor der Tat fliegt ihm in einer Parteiversammlung der beschimpfende Jurist „Schäbbling der Partei“ zu, der ihn wohl wie ein Peitschenschlag getroffen haben muß. So mußte sich dem Beschuldigten die zwingende und unerbittliche Erkenntnis aufdrängen, daß seine politische Laufbahn zu Ende war, daß er, dem Göttertum das verächtlichste sein sollte, lediglich um seiner persönlichen Beziehungen willen noch in der Organisation geduldet wurde, daß man aufgehört hatte, den von allen Verlassenen zu beachten, ja ihn ernst zu nehmen. Das, was ihm trügerisch als Lebensaufgabe erschienen war, hatte völlig und unrettbar Schiffbruch gelitten; sogar vom Gespenst der Lächerlichkeit, des Vorwurfs eines Kathebewusstseins, sah er sich unmittelbar bedroht, dessen auf gewaltsame Erhebung zielende Worte eben Worte blieben, denen die ausführende Tat niemals folgen würde. Wenn Friedrich Adler mit der Wüste politischer Ueberlegenheit seine Tat als die eines Verfechters der Freiheit hinstellen will, der sich erwägend die letzten Schlüsse aus seiner Ueberzeugung gezogen hat, so gibt er sich arger Selbsttäuschung hin.

Die Anklageschrift, die eine eingehende psychologische Analyse der Tat und ihrer Beweggründe darstellt, kommt zu dem Ergebnis: „Der Mann, der das Spiel verloren sah, verlangte nach einem guten Abgang. Allein, was ihm als politisches Helmschild erschien, war im letzten Grunde nur der verzweifelte Abschluß eines als nutzlos erkannten und daher wertlos gewordenen Lebens!“

Die Frage, ob diese Verzweiflung auch bei einem geistig völlig intakten Menschen zu einem solchen Höhepunkt der Tragik führen konnte, läßt die Anklageschrift offen. Sie begnügt sich mit der Feststellung, daß das eingeholte Fakultätsgutachten Adlers „Verantwortlichkeit vor dem Gesetz außer Zweifel gestellt“ habe.

Graf Czernins Besprechungen.

Wien, 17. Mai. Der Minister des Äußern Graf Czernin hat sich gestern ins deutsche Hauptquartier begeben, um dort die anlässlich der jüngsten Anwesenheit des deutschen Reichsanzlers in Wien eingeleiteten Besprechungen mit den maßgebenden deutschen Stellen fortzusetzen.

Die Umbildung des russischen Ministeriums.

Der Bildung des neuen Ministeriums, in dem der Name des bisher nicht als Kandidaten genannten Plechanow besonders in die Augen sticht, ging eine gemeinsame Sitzung der vorläufigen Regierung, des ausführenden Duma-Ausschusses und Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates voraus. In ihr sagte Ministerpräsident Fürst Lwow:

„Die angekündigte Regierungserklärung enthält eine Reihe von Bedingungen und Forderungen, deren Annahme die Regierung als durchaus notwendig für den Erfolg ihrer Arbeit betrachtet. Die Hauptbedingung ist die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer einheitlichen Erklärung seitens des Soldaten- und Arbeiterrates, in der er der vorläufigen Regierung sein volles Vertrauen ausdrückt. Der Entwurf der Regierungserklärung enthält acht Punkte. Die Erklärung achtet streng die Grundzüge eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Rechtes der Völker, frei über ihr zukünftiges Geschick zu entscheiden, und betont, daß eine Niederlage Rußlands und seiner Verbündeten die Quelle des größten Nationalunglücks sein würde. Infolgedessen hat die Regierung das feste Vertrauen, daß die revolutionäre russische Armee einen Sieg der Deutschen über die Verbündeten nicht zulassen werde. Außerdem spricht die Regierung in der Erklärung den festen Entschluß aus, gegen die wirtschaftliche Verwirrung nicht nur mittels einer Aufficht, sondern auch durch die Organisation der Erzeugung zu kämpfen. Die Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um die Ausnutzung des Bodens zu regeln, wobei sie die Frage des Grundbesitzes offen läßt, die von der konstituierenden Versammlung geregelt werden soll. Fürst Lwow erklärte, der Entwurf der Erklärung habe den Charakter eines Ultimatus und bestand darauf, daß er im ganzen Umfang angenommen werden müsse. Die Erklärung wurde unterzeichnet.“

Die Regierung hat in der Aufstellung der Kriegsziele vor dem Arbeiter- und Soldatenrat die Flagge gestrichen. Aber sie hat auch mit Gegenforderungen aufgewartet. Sie verlangt, daß ihr der A. und S. R. sein Vertrauen ausdrückt, um daraus gestützt, der wilden Unordnung in der inneren Verwaltung, dem sozialen Leben und ganz besonders in der Armee Herr zu werden. Die letztgenannte, schwerste Aufgabe ist Kerenski zugehoben, von dem es heißt, daß er schwer erkrankt sei. Seiner harret ein übermenschlich schweres Amt. Die Soldaten verlassen massen-

haft die Front, sie wollen nicht Revolution gemacht haben, um weiter zu bluten. Die Offiziere verzweifeln an ihrer Aufgabe. Die tüchtigsten Führer haben ihr Amt niedergelegt oder drohen mit diesem äußersten Schritt. Sie scheinen durch eine Art passiver Resistenz den Arbeiter- und Soldatenrat zwingen zu wollen, die Sicherung der militärischen Disziplin nicht nur nicht zu hindern, sondern sogar wirksam zu fördern. Wirklich zu fördern! Eine Pflicht, die nicht durch das Unterschreiben einer Vertrauenserklärung für die neue Regierung, sondern allein durch augenscheinliche, sprechende Taten erfüllt wird. Mit andern Worten: Das Ziel ist die bisher von der Regierung und dem A. und S. R. zu geteilter Hand geübte Regierungsgewalt zu vereinen, ist ein Kompromiß. Der A. und S. R. soll nicht mehr bloßes Überwachungsorgan sein, er soll zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden, soll Rechte und Pflichten haben. Der A. und S. R. hat sich dabei auch, obgleich mit großer Mehrheit, doch keineswegs enthusiastisch für die verantwortliche Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Ganz klar hat Tzeretelli die Lage erfasst, der nach der „Times“ im A. und S. R. erklärte, man müsse berücksichtigen, daß nicht das ganze Land sozialistisch sei. Die Bauern könne man nicht zu den Sozialisten rechnen, die Truppen beständen aus Bauern und selbst die Arbeiter sind nicht vollständig auf Seiten der Sozialisten. Obwohl ein Teil der Versammlung mit diesem Standpunkt nicht einverstanden war, wurde zuletzt doch bestimmt, daß Vertreter des Rates an der Regierung teilnehmen.

Miljukow erhielt nach einer Nachricht von den Sozialisten das Unterrichtsministerium angeboten; er verzichtete jedoch.

Der neue Landwirtschaftsminister Tschernow ist in ausgezeichneten Schriften für eine radikale Lösung des Agrarproblems eingetreten. Auf dem A. und S. R. schloß er seine Rede nach seiner Rückkehr aus der Verbannung mit dem Wort: „Land und Freiheit!“ Auf dem 5. russischen Kongreß der Arbeitsgruppe sagte er: „Wir müssen in Rußland eine einige sozialistische Bewegung schaffen, die als Volksbewegung und zum Siege verhelfen wird. Das Volk muß einig sein und ebenso einig muß der Sozialismus sein. Wir müssen uns vereinen ohne Unterschied der Parteirichtungen. Der nächste Sozialistenkongreß, der Kongreß aller wahren Sozialisten, sollte diesen Zusammenschluß funktionieren.“

Schritte zum Größeren Britannien.

Lloyd George gab im Unterhause eine Erklärung betreffend die Einsetzung eines Reichskriegskabinetts ab, in der er ausführte:

Ich wünsche das Haus mit einem Ereignis bekanntzumachen, das einen Meilenstein in der Geschichte der englischen Verfassung bildet. Seit 14 Tagen haben die Staatsmänner der überseeischen Dominions und Indiens an den Sitzungen des Kabinetts des Kriegsrats des Reiches teilgenommen. Sie erhielten alle der Regierung zur Verfügung stehenden Informationen und waren den Mitgliedern der englischen Regierung vollständig gleichgestellt. Die eingehenden Erörterungen aller Lebensinteressen der englischen Reichspolitik haben zu einer wichtigen Entscheidung geführt, und uns befähigen wird, den Krieg mit gesteigerter Einigkeit und Kraft weiterzuführen und von größtem Wert für die Zeit der Friedensverhandlungen sein wird. Welche Aussprachen sollen jährlich oder öfter, falls eine dringende Notwendigkeit hierfür vorliegt, stattfinden. Das Kriegskabinet des Reiches wird aus dem englischen Premierminister und denjenigen seiner Kollegen, die mit den allgemeinen Reichsangelegenheiten befaßt sind, sowie aus den Premierministern der Dominions oder ihren besonders hierfür gestellten Vertretern und ferner aus den von der indischen Regierung gewählten indischen Vertretern bestehen. Diese jährliche Zusammenkunft wird als eine Bestimmung der englischen Verfassung anerkannt werden. Das wesentliche der neuen Einrichtung besteht darin, daß die verantwortlichen Haupter der Regierungen der Dominions und der mit der Führung der Politik des Reiches betrauten Minister in regelmäßigen Zwischenräumen zusammenkommen, die auswärtige Politik besprechen und Entschlüsse fassen werden, inbetriff deren sie der Kontrolle ihrer eigenen Parlamente unterworfen sind. Sie werden auf diese Weise in den Stand gesetzt, vollen Einblick in die schwebenden politischen Fragen zu erhalten und die Politik des Reiches bei wesentlichen Anlässen beratend mitzubestimmen, ohne daß die Selbstständigkeit, deren sie sich erfreuen, irgendwie beeinträchtigt wird. Wir versuchen nicht, irgendwelche konstitutionelle Entwicklungen festzulegen. Die ganze Frage der vollständigen Zusammenarbeit bei der Beratung von Angelegenheiten des Reiches und der auswärtigen Politik soll einer besonderen Besprechung vorbehalten werden, die möglichst bald nach dem Kriege stattfinden soll. Inzwischen hat wir der Ansicht, daß der Versuch der Bildung eines Reichskabinetts, in dem Indien vertreten ist, so wertvoll für eine bessere Verständigung und Einigkeit bezüglich der Absichten und des Handelns ist, daß er sich durchsetzen sollte, und wir glauben, daß er sich für alle Nationen des Reiches empfehlen würde.

Lloyd George zeigt sich in seiner Erklärung dadurch als Meister der Situation, daß er das britische Weltreich werden läßt, wie es wird, ohne es in die Fessel eines Gesetzes oder auch nur eines Vertrages zu pressen, ohne aber auch nur — und das ist nicht minder bedeutungsvoll — einen Augenblick in den unablässigen Bemühungen zu ermüden, die Gegensätze zwischen den Reichsgliedern zu glätten und alle einigenden Kräfte zu sammeln.

Die irische Frage.

In Erwiderung von Lloyd Georges Brief sagt Redmond, die Nationalisten lehnten den vorgelegenen Gesetzentwurf rundweg ab, seien aber bereit, die Einberufung einer Konferenz zu empfehlen, vorausgesetzt, daß Irländer aller Parteien dabei vertreten seien.

Die Ulsterpartei veröffentlicht einen Bericht des Inhalts, daß die in dem Briefe von Lloyd George enthaltenen Vorschläge dem Rat von Ulster unterbreitet werden würden, der sie mit dem Wunsch in Erwägung ziehen würde, ein Abkommen zu treffen, das Frieden und Sicherheit des britischen Reiches und den Erfolg der Sache, für die das Reich kämpfe, sichern würde. In den Wandlungen des Parlaments glaubt man allgemein, daß alle Parteien die vorgelegene Konferenz annehmen werden, und empfiehlt, daß ein Staatsmann aus den Dominions den Vorsitz dabei führt.

Das Gericht über General Nivelle.

Die vom Senator Debierre eingebrachte Interpellation über die Vorbereitung und Führung der Offensive vom 16. April und über die Verantwortlichkeiten wurde auf Ansuchen Ribots für einige Zeit zurückgestellt, da die Regierung aus militärischen Gründen augenblicklich darüber keine Auskunft zu geben wüßte. Nach dem „Intransigent“ wird die Interpellation, deren bloße Tatsache das tiefe Mißvergnügen Frankreichs über die Ergebnisse der so blutigen Offensive beweist, wahrscheinlich in einer

Geheimhaltung beantwortet werden. Inzwischen dürfte der „neue Mann“ Böttinger unter den Generälen halten. Er wird, wie über Bern gemeldet wird, in den Personal- sowie in den methodischen Fragen des Hauptquartiers ein- greifende Veränderungen vornehmen.

Auch sonst wurde im Senat fleißig interpelliert, besonders über Mannschafteinsatz und Kriegswirtschaft, ohne daß diese Verhandlungen internationales Interesse verdienten.

Der französische Gesundheitsdienst.

Bern, 18. Mai. Die Yvoner Blätter aus Paris melden, billigte der Deeresauschuß des Senats unter Vorsitz Clemenceaus einstimmig die Schlussforderungen des Berichtes des Senators Debierre, in welchen den Behörden für das schlechte Arbeiten des Gesundheitsdienstes ein förmlicher Tadel ausgesprochen wird. Die Frage wird im Senat zur Sprache gebracht werden.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein U-Boot beschießt Scarborough.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 18. Mai. Amtlich. 1. Am 29. April abends hat eines unserer U-Boote die besetzte englische Küstenstadt Scarborough mit Granaten beschossen. Mehrere Treffer wurden einwandfrei beobachtet.

2. Am 5. Mai wurde das englische Flottenbegleitschiff Lavender von einem unserer U-Boote versenkt.

3. Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean, Englischen Kanal und Nordsee: 11 Dampfer, drei Segler und 11 Fischereifahrzeuge mit

25 500 B.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. folgende: Der englische bewaffnete Dampfer „Kentmoor“ (3535 T.) mit 5 656 T. Getreide von Rosario nach Gibraltar, die englischen bewaffneten Dampfer Victoria (1620 T.), tief beladen, und Polymnia (2426 T.), die englischen Fischereifahrzeuge Edith Camell, Argo und Dixon Castle; der französische Segler Präsident und der russische Segler Aliba; ferner ein großer bewaffneter englischer und drei im Geleitzug fahrende Frachtdampfer.

Die übrigen versenkten Schiffe führten u. a. folgende Ladungen: ein Dampfer Erz nach England, ein Dampfer Kohlen und ein Segler Stückgut nach England.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Kämpfe an der Westfront.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Deeresbericht vom 17. Mai nachmittags. Die Nacht war ausgezeichnet durch neue feindliche Angriffe in der Gegend der Mühle von Lavignon (?) und der Mühle von Laffaux. Alle deutschen Anstrengungen, das durch unsere Gegenangriffe gewonnene Gelände wieder zu nehmen, scheiterten. Der an einzelnen Stellen sehr lebhaft ablaufende Kampf wandte sich überall zu unseren Gunsten und kostete dem Feinde, der neue Gefangene in unserer Hand ließ, schwere Verluste. Nordwestlich von Braye en Laonnais erlitten drei feindliche Sturmabteilungen, die mehrmals sich unseren Linien im Abschnitt der Ferme de la Nobère und von Epine de Chevreignis zu nähern versuchten, infolge unseres Speerfeuers empfindliche Verluste, ohne einen Erfolg zu erzielen. In der Champagne Patrouillengefächte. In der Gegend des Berges Cornillet machten wir Gefangene. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Vom 17. Mai abends. Die Deutschen erneuerten ihre Angriffsversuche nördlich der Mühle Laffaux nicht, wo wir unsere Linie vollständig wieder hergestellt haben. In der Richtung auf die Froidmont-Ferme scheiterte ein feindlicher Handstreich in unserem Feuer. Wir unsererseits rückten östlich von Craonne merklich vor und nahmen einige Grabenstücke in der Gegend von der Höhe 108 südlich von Vert-au-Bar; wir machten eine Anzahl Gefangener. Nördlich bestiger Artilleriekampf auf der Hochfläche von Californien. An der übrigen Front zeitweilige Artillerie-Kampfhandlungen.

Politische Uebersicht.

Der neue Polenkurs.

Der Entwurf eines Abänderungsgesetzes zu dem Enteignungsgesetz für die Provinzen Westpreußen und Posen vom 20. März 1908 ist am Freitag, wie B. L. B. meldet, dem Landtage zugegangen. — Ueber den Inhalt verlautet noch nichts.

Schiefe Bahn oder schiefe Auffassung?

Der Parteiausschuß hat es in seiner bekannten Resolution als Pflicht der Sozialisten aller Länder bezeichnet, die Regierungen zur Abgabe der Erklärung zu drängen, daß sie zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen bereit wären. In diesem Sinne und damit der eigenen Ueberzeugung folgend hat der „Vorwärts“ gewirkt und gedenkt er weiter zu wirken. Darum hat er auch die letzte Erklärung des Reichskanzlers nicht als befriedigend und den Wünschen der sozialdemokratischen Interpellanten entsprechend bezeichnen können. Er hat sich aber damit wieder die Unzufriedenheit der „Intern. Korresp.“ zugezogen, die gegen ihn schreibt:

In ganzen Leitartikel der Freitagnummer steht er auseinander, die Russen mühten glauben, daß Herr v. Bethmann gewaltige Eroberungen anstrebe. Eine solche Auslegung der Erklärungen des Deutschen Reichskanzlers wäre die denkbar böseartigste Unterstellung und Entstellung seiner Worte. Sie stimmt mit ihrer Auffassung durch Ledebour überein, widerspricht aber allem, was die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus des Kanzlers Worten herausgehört hat. Der „Vorwärts“ befindet sich auf der schiefen Bahn, die wiederum durch Mißachtung der wirklichen Verhältnisse ins Lager der Minderheit herunterführt.

Die „Intern. Korresp.“ steht in ihrem aufgeregten Eifer Gespenster. Wir haben niemals den Reichskanzler für einen Parteigänger der Annexionisten erklärt; das hätten wir nur wider besseres Wissen tun können. Wir haben ihm aber vorgeworfen, daß seine Erklärung von jedem so ausgelegt werden könne, wie es ihm paßt, und ein Blick auf die gesamte Presse des Inlandes wie des Auslandes zeigt, wie berechtigt dieser Vorwurf ist. Mit keinem Worte haben wir angedeutet, daß wir uns selbst die Ledebour'sche Auslegung zu eigen machen und aus ihr Ledebour'sche Konsequenzen ziehen wollen. Die Politik des 4. August, an der wir festhalten, verpflichtet uns nicht, auf jede Kritik der Regierung zu verzichten und

einfach in offiziellem Fahrwasser zu segeln. Eine solche Politik würden wir nicht vertreten können, und die Partei — von vereinzelt Ausnahmen vielleicht abgesehen — würde mit ihr nicht einverstanden sein.

Ein Vorstoß Seydebrands.

In einer konservativen Rundgebung in Herfurt sprach am Himmelfahrtstag Herr von Seydebrand über die politische Lage. Nach dem Bericht waren seine Ausführungen getragen von einer tiefen Verstimmung über den jetzigen Kurs der Regierungspolitik, der er namentlich fortgesetztes Zurückweichen vor den demokratischen Tendenzen zum Vorwurf machte. Während der Bericht erstatter die Ausführungen des konservativen Führers als in der Form „maßvoll“ bezeichnet, führen einige Diskussionsredner größeres Geschick auf. Herr v. Bethmann sollweg wurde darüber belehrt, daß man mit Objektivität wohl ein guter Amtsratsrat, aber kein guter Staatsmann sei. Die jetzige Regierung habe nur Talmi im Munde und Gummi im Rücken.

Erster zu nehmen als diese alldeutschen Kraftleistungen ist die Art und Weise, wie sich Herr von Seydebrand gegen jedwede innere Reform wendete. Er legte das Hauptgewicht seiner Rede nicht auf die äußere Politik, sondern erklärte, daß die Konservativen am meisten die politische Entwicklung im Innern bekümmere, wie sie sich vor allem in den Beschlüssen des Verfassungsausschusses ausdrücke. Leider fielen den Konservativen allein die Aufgabe zu, die Ausbreitung demokratischer Tendenzen abzuwehren. — Wenn die konservativen Blätter fortgesetzt schreiben, den Freunden einer kräftigen Neuorientierung sei die innere Reform wichtiger als die Verteidigung Deutschlands, so wird man nach dieser Rede Seydebrands umgekehrt mit größerem Recht behaupten können, daß es unter den Konservativen sehr gewichtige Leute gibt, deren größte Sorge in diesem Weltkriege die Aufrechterhaltung ihrer politischen Vorrechte ist.

Die 45jährigen hinter die Front!

Ueber einen Erlaß des Kriegsministeriums, wonach Leute, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, hinter die Front zurückgenommen werden sollen, herrscht noch vielfach Unklarheit. Tatsache ist jedenfalls, daß eine ganze Menge dieser Leute immer noch an der vordersten Front Verwendung finden. In einer Zuschrift, die das Preussische Kriegsministerium in dieser Angelegenheit an den Abg. Müller-Meinungen gerichtet hat, erfährt der Erlaß nunmehr folgende Auslegung:

1. Nach dem Kriegsministerialerlaß vom 19. Dezember 1916 sind diejenigen Landsturmeute von 45 Jahren und darüber aus der „vordersten Linie“ zurückzuführen, die sich mindestens sechs Monate in dieser befunden haben. Unter der „vordersten Linie“ sind die am Kampfe unmittelbar teilnehmenden Truppen zu verstehen, im allgemeinen also die zum Kampf im Schützengraben einsetzende Truppe, die Batterien und die im Kampf unmittelbar mitwirkenden Hilfskräfte (Pioniere, Minenwerfer usw.). Nicht darin einbegriffen sind aber alle rückwärtigen Formationen, wie Kolonnen (auch Munitionskolonnen), Stappentruppen, Armierungsgruppen usw. Hierdurch erlebigen sich die meisten an die gerichteten Wünsche und auch die Frage, wie die geforderte sechsmonatige Dienstzeit in vorderster Linie zu verstehen ist. Zweifel darüber, was unter vorderster Linie zu verstehen ist, sind bei den Truppenteilen noch nirgends zur Sprache gebracht worden.

2. Der Weg, den die Leute einzuschlagen haben, falls sie glauben, noch zu Unrecht an ihrer Stelle festgehalten zu werden, ist der, daß sie sich an ihre Vorgesetzten wenden. Anscheinend glauben viele Leute, wenn ihrem Wunsch nicht sofort Rechnung getragen wird, es sei dies Mangel an Fürsorge seitens ihrer Vorgesetzten, während diese nach der oben angeführten Bestimmung sie nicht entlassen dürfen. Sollte trotzdem irgendwo den Bestimmungen nicht entsprochen werden, so kann dem von seiten des Kriegsministeriums nur nachgegangen werden, wenn die Truppenteile genannt werden. Wo dies geschehen ist, wird das Kriegsministerium die erforderlichen Feststellungen veranlassen.

3. Die Ablösung der alten Jahrgänge in dem oben angeführten Rahmen ist nahezu durchgeführt. Im Monat Februar waren es noch rund 1000 Mann, deren Ablösung mangels Erfahres noch nicht durchgeführt war. Die weitere Ablösung ist seitdem im Gange; es handelt sich also nur noch um eine geringe Zahl von Fällen, in denen tatsächlich ein Anspruch auf Ablösung besteht.

Eine mecklenburgische „Himmelfahrts-Vorschaft“.

Das großherzogliche Staatsministerium veröffentlicht einen Erlaß des Großherzogs, worin es u. a. heißt, daß die Aenderung der Verhältnisse die Frage nahelege, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, die Verfassungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Im Einvernehmen mit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz halte es der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin deshalb für erwünscht, daß beide Regierungen mit angesehenen Persönlichkeiten der verschiedensten Lebensstellungen, mit Ständemitgliedern und mit Angehörigen anderer Kreise baldmöglichst zu einer Besprechung über die Grundlagen einer neuen Verfassungsgrundlage zusammentreten. Er erteile daher dem Staatsministerium den Auftrag, mit der Strelitzer Regierung sich wegen der Einleitung in Verbindung zu setzen.

Letzte Nachrichten.

Der Prozeß Adler.

Wien, 18. Mai. Der Gerichtshof wies den Antrag des Verteidigers Garpner gegen die Zuständigkeit des Ausnahmegerichts ab. Nach Verlesung der Anklageschrift begann das Verhör des Angeklagten, welcher sich in Zusammenhangender Rede verteidigte. Er erklärte sich schuldig in gleichem Maße wie jeder Offizier, der im Kriege getötet hat oder den Auftrag zur Tötung gegeben hat. Eindringlich verwahrt sich der Angeklagte dagegen, die Tat in Unzurechnungsfähigkeit begangen zu haben. Er erklärt, daß er keine Verantwortung für das zu übernehmen gewillt sei, was sein Verteidiger in dieser Hinsicht ohne und gegen seinen Willen unternehmen sollte. Er habe die Tat nicht in Geistesverwirrung, sondern in klarer Ueberlegung vollbracht, habe sie durch eineinhalb Jahre nach allen Richtungen und Folgen überdacht und habe sie in dem vollen klaren Bewußtsein vollbracht, daß sein Leben damit abgeschlossen sei. Er werde in keiner Weise versuchen, dieses Urteil zu erschüttern. Gerade der

Zustand der Justiz in Oesterreich habe ihn seit Kriegsausbruch aufs empfindlichste gedrückt; schon am 25. Juli 1914 nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, aber noch vor der Kriegserklärung habe das Ministerium Stürgkh-Hochenburger mit einer Verordnung über die Aufhebung der Schwurgerichte einen offenen Staatsstreich begangen. Graf Stürgkh habe aber nicht nur durch die gefehlwidrige zeitweilige Aufhebung der Schwurgerichte das Volksgericht beseitigt, sondern durch Abschaffung der Parlamente sich auch seiner Anklagebehörde entzogen. „Nach am letzten Tage“, sagte der Angeklagte, „bevor er gefallen ist, hat er sich geweigert, sich in eine Erörterung über den Zutritt des Reichsrates einzulassen. Deshalb beschloß ich, den Ministerpräsidenten auf jenem Boden zur Rechenschaft zu ziehen, auf den er sich nun selbst gestellt hat.“

Adler besprach hierauf unter heftigen Ausfällen gegen den ehemaligen Justizminister Hochenburger die Vorgänge im Parlament vom Jahre 1898 anlässlich der Debatte über die Paragraph-14-Verordnungen und erklärte, mit dem Paragraph 14 und der Verordnung vom 25. Juli 1914 habe das Ministerium die Verfassung zerrissen. Es sei kein anderer Weg als der der Gewalt geblieben. Nach Ansicht des Angeklagten war er hierzu berechtigt, weil, wenn das Gesetz zertreten ist, jeder Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich sein Recht zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung geschaffen hat.

Im weiteren Verlauf seiner Verteidigung wies der Angeklagte auf das Abgehen der Sozialdemokratie von ihren früheren Grundfäden hin.

Der Angeklagte, welcher wiederholt vom Präsidenten aufgefordert wird, nicht ins Uferlose zu kommen und zum Fenster hinaus zu sprechen, erklärt: Bis zum Kriege bestand kein Gegensatz zwischen mir und den Parteigenossen. Als der Krieg ausbrach, traten einzelne Leute mit der Forderung hervor, daß wir den bisherigen Standpunkt der Internationale verlassen mühten; während wir im Frieden den Klassenkampf verfolgten, sollten wir jetzt den Volkskampf rechtfertigen.

Erst seit der russischen Revolution vertritt die „Arbeiterzeitung“ dasselbe, was mich damals von der Sozialdemokratie schied. Ich bin kein Anarchist geworden. Ich stehe auf dem Standpunkt des Massenkampfes, der mit allen Mitteln zu führen ist, wenn legale Mittel versagen, auch mit Gewalt. Meine Tat war eine Individualaktion, nicht bestimmt, den Massenkampf oder die Revolution zu entfesseln. Ich handelte, weil mir bemußt war, daß im Milieu des Parteivorstandes derartige Worte nicht gesprochen werden dürfen. Ich konnte nicht Worte machen, denn diese Leute hätten mich in ihrem Sanguinismus ausgelacht. Ich hielt es für notwendig, ein Bekenntnis zur Gewalt abzulegen, das die Parteigenossen nötigen würde, einzugestehen: diesem Mann ist es ernst mit der Sache, er gibt sein Leben dafür hin. (Die Sitzung wird unterbrochen.)

Eröffnung des russischen Bauernkongresses.

Petersburg, 17. Mai. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Volkshaus in Petersburg fand die Eröffnungssitzung des Kongresses der Bauernabgeordneten aus ganz Rußland statt, an der 2000 Personen teilnahmen, darunter 661 Abgeordnete. Der Abgeordnete Maslow besprach in seiner Eröffnungsrede die Aufgaben des Kongresses: erstens die Feststellung der Meinung der Bauernklasse; zweitens die Notwendigkeit für alle, nicht nur die erzwungenen Rechte, sondern auch die zu erfüllenden Pflichten im Auge zu behalten; drittens die Wahrung der Interessen der Bauernklasse; viertens die Wahrung aller Interessen des freien Landes und seiner ruhmreichen Zukunft. Breschkobreschkobskaja, der der Ehrenvorsitz angetragen wurde, hob in einer Rede die Notwendigkeit lebhaftesten Vorgehens an der Front hervor, das allein den Frieden näher bringen könne. Der französische Munitionsminister Thomas, der ebenfalls an der Sitzung teilnahm, begrüßte im Namen der französischen Bauern. Der Landwirtschaftsminister Schingarew brachte die Hoffnung zum Ausdruck, das Volk, das seine Söhne zur Verteidigung des Vaterlandes entsende, werde dem Lande Brot und Munition nicht vorenthalten, ohne die es unmöglich sei, den Krieg zu führen und den Frieden zu schließen.

Die russischen Bauern für sozialistischen Völkerfrieden.

Petersburg, 18. Mai. Der Kongreß der Bauernabgeordneten in Moskau hat eine Entschließung angenommen, in der er in Uebereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eine internationale Sozialistenzusammenkunft zur Ausarbeitung der Friedensbedingungen für notwendig erklärt und die Meinung ausspricht, daß der Friede nur durch allgemeine Uebereinstimmung der kriegführenden Völker beendet werden könne.

Rakowski in Petersburg.

Petersburg, 17. Mai. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur; Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates.) Heute morgen nahm an der Sitzung des Vollzugsausschusses Rakowski, der Führer der rumänischen Sozialdemokratie, Mitglied des Internationalen Sozialistenbureaus und des Internationalen sozialistischen Ausschusses in Bern, teil, der seit Kriegsbeginn von der rumänischen Regierung gefangen gehalten worden war, und am 1. Mai von 15 000 russischen Soldaten, die in den Straßen Jassys eine Kundgebung veranstalteten, befreit worden ist. Die Befreiung Rakowski's hat in rumänischen Proletariat und in der rumänischen Armee allgemeine Begeisterung hervorgerufen, gegen die die rumänische Regierung vergebens durch gefälschte Aufrufe und Kundmachungen zu wirken versuchte. Rakowski wurde vom Präsidenten und den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses herzlich begrüßt. Er antwortete in seiner doppelten Eigenschaft als internationaler Sozialist und als Mitglied der russischen sozialistischen Partei. Er stellte sich der russischen Revolution zur Verfügung. Vor seiner Ankunft in Petersburg verbrachte Rakowski etwa zehn Tage in Odessa, wo er zum Mitglied des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates von Odessa gewählt wurde.

Errichtung einer staatlichen Nahrungsmittel-Verteilungsstelle für Groß-Berlin.

Für Groß-Berlin wird zwecks besserer Verteilung der Lebensmittel eine staatliche Stelle eingerichtet, die die 7 Stadtkreise (Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg und Spandau) und die Landkreise Teltow und Niederbarnim umfassen soll.

Die staatliche Verteilungsstelle soll unmittelbar dem Staatskommissar für Volksernährung unterstellt werden, auf den auch die den höheren Verwaltungsbehörden bisher zustehenden Befugnisse übergehen, der dieselben aber auf den Vorsitzenden der Verteilungsstelle übertragen kann. Der Verteilungsstelle wird ein Beirat beigegeben, bestehend aus drei Vertretern des Stadtkreises Berlin und je einem Vertreter der übrigen Kommunalverbände, sowie den besonders berufenen Mitgliedern. Die weiteren Anordnungen über die Organisation der Verteilungsstelle werden vom Staatskommissar für Volksernährung getroffen.

Bewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.

Obgleich sich die große Mehrheit der Angehörigen des Bäckergewerbes — Meister und Gesellen — ganz entschieden gegen eine etwaige Wiedereinführung der Nachtarbeit erklärt haben, betreibt eine kleine Minderheit von Berufungskandidaten immer noch eine eifrige Propaganda dafür, daß nach Beendigung des Krieges das Verbot der Nachtarbeit aufgehoben und damit die alten Zustände im Bäckergewerbe wieder eingeführt werden. Neuerdings hat eine Gruppe großer Profifabrikanten eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, die die Wiedereinführung der Nachtarbeit fordert. Den Profifabrikanten ist es darum zu tun, daß sie durch ununterbrochene Arbeit in Tag- und Nachtschichten ihre Betriebseinrichtungen in vollem Maße ausnützen können.

Um diesen neuen Vorstoß der Profifabrikanten abzuwehren, hatte der Verband der Bäcker und Konditoren am Dienstag eine öffentliche Versammlung einberufen, die gut besucht war. Der Referent Heppschold erklärte, daß das Vorgehen der Profifabrikanten von eigentümlichen Erwägungsmomenten diktiert sei und jede Rücksicht auf berechtigende soziale Forderungen vermissen lasse. Geradezu widersinnig sei es, wenn die Profifabrikanten ihr Verlangen damit begründen, daß durch die Wiedereinführung der Nachtarbeit Kohlen und anderes Material gespart würden. Selbst ein Nichtfachmann müsse einsehen, daß das Gegenteil der Fall sei. Es sei sehr zu bedauern, daß sogar einige Vertreter von Konsumgenossenschaften die Forderungen der Profifabrikanten unterstützen. Die Innungen haben bereits Protest erhoben gegen das Verlangen der Profifabrikanten. Wir — sagte der Referent — können nichts Besseres tun, als uns diesem Protest anschließen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die in schärfster Form gegen die fortgesetzte Verfechtung der Regierung durch eine gewisse Gruppe von Großprofifabrikanten, die eine Wiedereinführung der Nachtarbeit für das Bäckergewerbe erstreben, protestiert und die Regierung, falls sie dem Verlangen der Profifabrikanten irgendwelche Beachtung schenken sollte, daran erinnert, daß die Kriegsteilnehmer — Meister und Gesellen — in einer im Vorjahre vorgenommenen, vom Kriegsministerium gestatteten Abstimmung fast einstimmig die Wiedereinführung der Nachtarbeit verworfen haben. Die Verammelten erwarten, daß die Arbeiter in gleicher Weise gehandelt werden wie die Profifabrikanten. Sie stellen an den Bundesrat das dringende Ersuchen, den seit September 1915 im Reichstag des Innern liegenden Gesetzentwurf über das dauernde Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe möglichst bald dem Reichstage zugehen zu lassen.

Sodann besprach Heppschold die Situation im Bäckergewerbe. Er kam dabei in der Hauptsache zu folgendem Ergebnis: Solange ein Mangel an Bäckergefellen herrschte, war es möglich, die Löhne zu erhöhen, wenn auch nicht in dem durch die Teuerung bedingten Maße. Seitdem Kleingebäck und Kuchen nicht mehr hergestellt werden und auch die Wroproduktion durch Herabsetzung der Ration eingeschränkt werden mußte, sind wieder so viele Arbeitskräfte freigeworden, daß seit einiger Zeit die Arbeitslosigkeit unter den Bäckergefellen einen bedeutenden Umfang angenommen hat und fortgesetzt in bedauerlicher Weise steigt. Ein Teil der Unternehmer muß diese Situation in ihrem einseitigen Interesse aus. Sie kürzen die Löhne der Gefellen um 10—15 M. wöchentlich. Ja, es werden Gefellen in erheblicher Zahl entlassen und statt ihrer möglichst viele Lehrlinge eingestellt. Es gibt Meister, die 2—3 Gefellen beschäftigen könnten, die aber nur mit Lehrlingen arbeiten. Gegenwärtig sind in Berlin händig 250—300 Bäckergefellen arbeitslos. Nicht selten vergehen bis sechs Wochen, ehe ein Arbeitsloser wieder Arbeit findet. Diese Zustände sind schon jetzt sehr drückend, sie werden sich aber nach dem Kriege noch viel mehr fühlbar machen. Dann sind nämlich die jetzt in großer Zahl eingestellten Lehrlinge so weit ausgebildet, daß sie tüchtig mitarbeiten und manchen Gefellen ersparen können. Da die Vrotrationierung noch Jahr und Tag nach dem Friedensschluß beibehalten werden muß, ist an eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit vorläufig nicht zu denken.

Hinsichtlich der Lohnkürzungen muß daran erinnert werden, daß der jetzige hohe Wrotpreis den Bäckern meistern unter anderem auch mit Rücksicht auf die gesteigerten Löhne zugestanden worden ist. Dieser Grund fällt weg, wenn Lohnkürzungen in dem angeführten Maße vorgenommen werden. Die in Frage kommenden Behörden würden dann wohl an eine Herabsetzung des Wrotpreises denken müssen.

Trotz Einschränkung der Produktion und trotz großen Angebots von Arbeitskräften werden oft Überstunden gemacht und die Sonntagsarbeit, die doch bei der jetzigen Lage des Gewerbes nicht nur überflüssig, sondern gemeinschädlich ist, wird immer noch ausgedehnt. Da es bei der jetzigen Einfachheit der Warenwaren möglich ist, den Bedarf an den Wochentagen, also ohne Sonntagsarbeit, herzustellen, ein behördliches Verbot der Sonntagsarbeit, dank dem Widerspruch der Innungen, nicht zu erlangen war, so müssen sich die Bäckergefellen selbst helfen und jede Sonntags- sowie Überzeitarbeit verweigern. In den Betrieben, in denen Ferien vereinbart sind, muß darauf bestanden werden, daß in

diesem Jahre nicht wieder auf sie verzichtet wird, sondern daß die Ferien unbedingt gewährt werden. Ein Grund zum Verzicht ist jetzt nicht mehr gegeben. — Bei der geplanten Zusammenlegung unrentabel gewordener Kleinbetriebe muß darauf gesehen werden, daß man nicht die Betriebe schließt, die noch bezahlte Arbeitskräfte beschäftigen. Es muß alles vermieden werden, was die Zahl der Arbeitslosen steigert. Die Arbeitszeit muß in der angegebenen Weise eingeschränkt werden, damit ein Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden kann.

Der Transportarbeiterverband hielt am Montag eine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht, den Werner gab, war auch im ersten Quartal die Arbeitsgelegenheit dauernd gut. Die Lebensmittelteuerung zwang die Kollegen, das Bestreben auf Verbesserung der Löhne fortzusetzen. Ingesamt erzielten die verschiedenen Sektionen für 1918 Beteiligte in 56 Betrieben an Lohn- und Zulagen rund 48 798 M. Im Expeditions- und Transportgewerbe wurde durch Verhandlungen der Wochenlohn für Küstler von 48 M. auf 52 M., und der für Bodenarbeiter von 46 M. auf 50 M. erhöht. Für 674 Beteiligte wurde eine Gesamtzulage von wöchentlich 2096 M. erzielt. — Auch den Kohlenarbeitern wurde eine Zulage von durchschnittlich 7,90 M. gewährt; für 1385 Beteiligte wurden insgesamt 10 941,50 M. wöchentlich an Zulagen erzielt.

In der Frage der Zuteilung besonderer Rationen von Lebensmitteln an die Schwerarbeiter auf Speichern, im Kohlenhandel und im Expeditions- und Transportgewerbe sind Schritte getan, um den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden, leider bisher ohne Erfolg. Es ist aber anzunehmen, daß die jetzt für die Lebensmittelverteilung bestehende Kontrollkommission auf eine gleichmäßigere Verteilung von Sonderzulagen hinwirken wird, so daß auch die Schwerarbeiter im Transportgewerbe berücksichtigt werden.

Beim Arbeitsnachweis wurden 5228 offene Stellen gemeldet, davon konnten nur 1709 besetzt werden wegen Mangel an Arbeitskräften. Der Arbeitsnachweis wird eine Änderung erfahren. In der erstrebten Schaffung eines paritätischen Sacharbeitsnachweises haben sich die Unternehmer in Verhandlungen geneigt gezeigt. Ueber den Kostenpunkt ist bereits eine Einigung erzielt worden. Weitere Verhandlungen stehen bevor, so daß man in nicht zu fernem Zeit einen paritätischen Sacharbeitsnachweis für die Berufsgruppen des Verbandes haben wird.

Am 1. April waren 11 940 männliche, 2168 weibliche und 658 jugendliche Mitglieder in Groß-Berlin vorhanden. Während die Zahl der männlichen Mitglieder gegen den 1. Januar um rund 600 zurückgegangen ist, stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder um 378.

Im Anschluß an den Bericht entwickelte sich eine lebhaft Diskussion.

Ueber einen Antrag, den „Vorwärts“ nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen, wurde mit großer Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag, im Mitteilungsblatt zum „Courier“ die Reklameanzeigen für den „Vorwärts“ zu unterlassen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Lohnvereinbarungen für Militärj Schneiderarbeiten.

Für die Arbeiten, die die Bekleidungsämter von Privatunternehmern anfertigen lassen, bestand bisher kein zwischen den Arbeitern und den Unternehmern vereinbarter Lohnvertrag. Das Verhältnis war so: Die Bekleidungsämter setzten in den Verträgen, die sie mit ihren Lieferanten abschlossen, den Arbeitslohn fest, den das Amt dem Lieferanten zahlt. Infolge einer Vereinbarung, die bald nach dem Ausbruch des Krieges auf Verreiben des Schneiderverbandes zustande kam, legen die Bekleidungsämter ihren Lieferanten die Verpflichtung auf, von den ihnen bewilligten Arbeitslöhnen den Arbeitern 75 Proz. zuzulassen, während die restlichen 25 Proz. den Unternehmern verbleiben und, falls sie die Arbeiten an Zwischenmeister weitergeben, mit diesen zu teilen sind. Die von den Bekleidungsämtern festgesetzten Löhne konnten zu Anfang des Krieges, als die Lebensmittel noch erheblich billiger waren wie jetzt, als ausreichend gelten. Je mehr die Teuerung zunahm, desto unzulänglicher erschienen die Löhne, die eine Steigerung nicht erfahren haben. Unter diesen Umständen steht der auf die Arbeiter entfallende Lohnanteil schon lange nicht mehr in rechtem Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung. Den Arbeitern ist es deshalb nicht möglich, mit ihren Löhnen auszukommen. Es ist nunmehr versucht worden, höhere Löhne zu erlangen. In welcher Weise und mit welchem Erfolge das geschehen ist, darüber machte Künze in einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Militär- und Uniformlieferungsämter folgende Mitteilungen:

Die Arbeiter stellten bei einigen Unternehmern Forderungen auf Lohnerhöhung, die so bemessen waren, daß sie den heutigen Teuerungsverhältnissen einigermaßen entsprechen würden. Aber die Forderungen wurden abgelehnt, weil sie die Löhnhöhe, die die Unternehmer von den Bekleidungsämtern erhalten, erreichten oder auch überschritten. Nun klagten die Arbeiter beim Kriegsausschuß gegen die betreffenden Unternehmer. Der Kriegsausschuß wies die Klage ab, weil den Unternehmern nicht zugemutet werden könne, den Arbeitern ebensoviel oder noch mehr zu zahlen, als sie selbst erhielten. In der Begründung des Urteils erkannte der Kriegsausschuß jedoch an, daß die von den Bekleidungsämtern festgesetzten Löhne im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse nicht aus-

reichend sind. Dieses Anerkenntnis veranlaßte den Schneiderverband, beim Kriegsausschuß zu beantragen, er möge auf eine zeitgemäße Lohnfestsetzung der Bekleidungsämter hinwirken. Der Kriegsausschuß setzte eine paritätische Kommission ein, die den Auftrag erhielt, die Löhne in der Zivil- und in der Militärschneidererei zu untersuchen und auf Grund ihrer Feststellungen Vorschläge für eine neue Lohnfestsetzung zu machen. Die Kommission hat festgestellt, daß bei den in der Zivilschneidererei bestehenden Lohnsätzen von Arbeitern ein durchschnittlicher Stundenverdienst von 1,10 M., von Frauen ein solcher von 60—70 Pf., erreicht wird. Dagegen wird bei den Lohnsätzen, die die Bekleidungsämter nach Maßgabe eines vom Kriegsministerium aufgestellten Tarifs zahlen, ein Stundenverdienst von nur 60—70 Pf. für Tuschfäden erzielt und bei den Drillfäden geht der Verdienst sogar bis auf 37 Pf. herab. Die Kommission hat nach diesen Feststellungen den Bekleidungsämtern empfohlen, die Lohnsätze so zu bemessen, daß bei Arbeiten, die von Männern und Frauen gemeinschaftlich verrichtet werden 85 Pf., bei Frauenarbeit allein 60 Pf. in der Stunde verdient werden können. Das Bekleidungsamt des Gardekorps hat diese Forderung als berechtigt anerkannt und inzwischen die Löhne für einzelne Artikel erhöht. Die Arbeiter wünschen aber eine allgemeine Lohnerhöhung für alle Artikel. Die Verhandlungen mit den Bekleidungsämtern des Gardekorps und des dritten Armeekorps wurden also fortgesetzt und hatten den Erfolg, daß in allerhöchster Zeit ein die Forderungen der Arbeiter im allgemeinen erfüllender ganz neuer Tarif herauskommt, der außer den Bekleidungsämtern auch die Wäsche und andere Abarbeiten umfaßt. Die durch den neuen Tarif eingeführte Lohnerhöhung beläuft sich im Durchschnitt auf 25 Proz. der bisherigen Löhne. — Wie der Redner betonte, ist diese Vereinbarung insofern sehr bedeutsam, als die Bekleidungsämter zum erstenmal mit Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gemeinsam die Löhne prüften und im Einverständnis mit ihnen einen Tarif aufstellten. Damit wird der Zustand, daß die Bekleidungsämter allein die Löhne festsetzen, ohne die Beteiligten zu hören, endgültig beseitigt sein.

Die Lohnverhältnisse der Uniformlieferungsämter. Dazu führte Künze aus: Es handelt sich hier um die Anfertigung der Uniformen für Polizei-, Post-, Eisenbahnbeamte, das Personal der Straßenbahn sowie um Diensterleidung. In diesem Arbeitszweig ist gegenwärtig wenig zu tun. Nach dem Kriege wird dagegen eine flotte Arbeitstätigkeit zu erwarten sein. Die Löhne in dieser Branche sind ungewöhnlich niedrig. Zum Teil gelten heute noch Lohnsätze, die im Jahre 1870 aufgestellt sind. Für eine Tuschhose wird ein Lohn von 1,20 M. bis 1,50 M. gezahlt. Damit werden die jämmerlichen Löhne in der Stapelfabrikation noch unterboten, obgleich eine wesentlich bessere Arbeit als in der Stapelfabrikation verlangt wird. Eine angemessene Lohnerhöhung ist dringend notwendig. Deshalb sollen entsprechende Forderungen an die Unternehmer gestellt werden, und zwar so zeitig, daß sich die Unternehmer noch vor dem Einsetzen der Konjunktur auf die Lohnerhöhung einrichten und danach ihre Preise festsetzen können.

Für die Lederbekleidung der Militär-, Kraftwagenführer und Krieger ist eine Regulierung der Löhne notwendig. Tarife für diese Arbeiten bestehen nicht. Die Militärbehörden schreiben zwar den Unternehmern vor, daß sie ortsübliche Löhne zahlen sollen, aber es läßt sich gar nicht feststellen, was in diesem noch neuen Arbeitszweig ortsüblich ist. Die in dieser Branche beschäftigten Arbeiter sollen deshalb ihre Löhne prüfen und wenn sie zu gering sind, entsprechende Aufbesserungen von den Unternehmern fordern. Werden die Forderungen abgelehnt, dann haben die Arbeiter die Möglichkeit, sich auf Grund des Hilfsdienstgesetzes an den Kriegsausschuß zu wenden, der dann über die Forderungen der Arbeiter verhandeln muß. Auf diesem Wege kann voraussichtlich die Festsetzung eines angemessenen Lohns für die Lederbekleidung erreicht werden.

Die Kriegszulagen der städtischen Arbeiter Schöneberg.

Die von der Stadt Schöneberg beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten sich in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Erhöhung ihrer Kriegszulagen. Die Neuregelung der monatlichen Teuerungszulagen fand wenig Beifall, da nur einzelne Arbeiter in den Genuss der hohen Kinderzulagen kommen. Lebhaft bemängelt wurde es, daß den Arbeitern während des Sommerurlaubs die Kriegszulage von 10 Pf. für die Stunde vorenthalten wird. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, beim Magistrat dagegen Schritte zu unternehmen.

Ausland.

Der Streik der Londoner Omnibusleute.

London, 17. Mai. (Reuter.) Der Zustand der Omnibusangestellten ist beigelegt. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.

Verantwortl. i. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berl.-Friedensau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutlin; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co. Berlin SW.

Diezen 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Gegen
Bar und auf Kredit
unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Frühjahrs-Neuheiten

Jackenkleider, Mantelkleider, Seidenkleider, Seidenkostüme, Frühjahrmäntel,
Kleiderröcke, Elegante Blusen in Seide, Volla, Chiffon, imprägnierte
Seidenmäntel, Damenputz, Fertig, Herrenkleidung, Burschen- u. Jünglingsanzüge

empfehlen

B.FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Süden: Kottbuser Damm 103
Osten: Frankfurter Allee 350
Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5
Ecke Wilmersdorfer Str.

Sonntag von 8—10 und 2—6 Uhr geöffnet.

Inserat mitbringen! 3 Mark Wert!

Geöffnet

Sonntag 8—10 u. 2—6 Uhr.

Entzückende Kostüme und Mantelkleider

Wunderbare Seidenmäntel
schwarz und farbig, Taffet, Eolienne, Regenschutzseide, Setagummi, gesetzlich geschützt, entzückende Ausführungen
185— 145— 120— 98— 67.50

Kurze Taffet-Jacken für jeden Rock passend
28— 25— 18—

Feinkörper (Coverkot) entzückende Glac enformen
glatte, sanftere Stepparbeiten 125— 95— 62— 42—
Gummi-Mäntel mit passender Kappe 42—

Pelzmäntel
beste Felle, gediegene Arbeit, Seal Electric, Persischer Fohlen, 1200— 100— 65—
fantasie-Pelzmäntel, entzückend aufgemacht, stiellich lang, 125— (Persischer Klaus).

Passendes für starkste Figuren vorrätig

Püschmäntel
Seal-Püsch, Astrachan, Seidenpüsch, fache Aufmachung, 300— 250— 200— 150—
Kurze Püschjacken, einzelne Modelle 125— 100— 75—

Ulster
mollige Stoffe, teils aus Friedenszeiten, Modelle 125— 100— 75— 68—
Einfache Ulster, fache Aufmachung 45— 32— 25—
Auswahlendungen nach außerhalb gegen Anzahlung

Westmann

L. Geschäft: Mohrenstr. 57a. II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Leihhaus Moritzplatz 58a

Trotz allgemeiner Warenknappheit bieten meine Läger noch große Auswahl in Rock-Anzügen, Jackett-Anzügen, Paletots, Ulstern, teils auf Seide, in prima Verarbeitung zu billigen Preisen. — Ferner Damen-Kostüme, Ulster, Mäntel, in einfachster bis elegantester Ausführung. — Riesen-Auswahl in Pelzsachen, Skunks, Marder, Nerz, Alaska-Füchsen, in modernster Ausführung, von 30—150 Mark. — Angebot in Herren-Gehpelzen, Wagen- und Reisepepeln. — Extra-Angebot in Lombard gewesener Portieren, Betten, Uhren, Ringen, Brillanten, Schmucksachen sehr billig.

Parteinachrichten.

Die „Gleichheit“ wieder Parteiorgan.

Der Parteivorstand schreibt uns: Die „Gleichheit“, das Organ der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, wurde von Clara Zetkin seit zwei Jahren im Sinne der Parteiposition redigiert.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg-Altdorf hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Aus dem vom Genossen Treu erstatteten Bericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Geschäftsjahr wieder bedeutend abgenommen hat.

Kriegsopfer ist aber noch bedeutend höher, da sehr viele Gefallene nicht gemeldet werden.

Die Versammlung sah davon ab, eine Neuwahl der Parteileitung vorzunehmen, sondern beschloß einstimmig, die bisherigen Genossen in ihren Ämtern zu belassen und eine Neuwahl erst nach dem Kriege vorzunehmen.

Dann befaßte sich die Versammlung mit den Vorarbeiten in der Partei. Parteisekretär Genosse Giermann schilderte in einem längeren Vortrage die Entwicklung des Parteifreies, von dem Nürnberg bisher verhältnißmäßig gelassen ist.

Diesemigen Parteigenossen, die auch Mitglieder des neuen Sozialdemokratischen Arbeitervereins Nürnberg und Umgebung sind, können nicht zugleich auch Mitglieder unserer Organisation bleiben und scheiden somit bei uns aus.

In der Diskussion suchte nur ein Genosse die Gründung des neuen Vereins zu rechtfertigen, einige andere Redner wendeten sich aus anderen Gründen gegen den Antrag.

Auf der Jahreshauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bielefeld-Bielebrück wurde mitgeteilt, daß die Opposition in diesem Gebiete überhaupt nicht Fuß gefaßt habe.

Für Halle und den Saalkreis hat sich der sozialdemokratische Verein eine neue Leitung gewählt, nachdem der frühere Vereinsvorstand bis auf ein Mitglied den Übertritt zu den Unabhängigen vollzogen hatte.

Gen. berichtet, zu der Nr. 133 des „Vorwärts“ vom 15. Mai befindet sich unter der Rubrik „Kampfmethode der Unabhängigen“ eine gegen mich gerichtete, der „Vorwärtser Freie Presse“ entnommene herabsetzende Notiz.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 36. Arbeitsverwendungsfähig für Wehrdienst. — E. S. 100. Kriegsmittelverwendung wird gewöhnlich dann nicht gemeldet, wenn nach Einziehung der Ehe sich in den Einkommensverhältnissen nichts ändert.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Südost. Am 16. Mai fand unser Mitglied, der Hilfsarbeiter Karl Guhle.

Richard Kirchoff. Er laßt dahin acht Tage vor Vollendung seines 50. Lebensjahres. Die Heiratsverlobte Gottin Frida Kirchoff geb. Bahnmann.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenhauer Julius Frieß.

Bekanntmachung. In der Meldestelle in Bernau werden Verordnungen für Dräsen, Benzinbänder, Bandagen, Böder, Droschgen und Zirkungsmittel bis zum Höchstbetrage von 5 M. abgefordert.

Monatsgarderobenhaus. H. Türkischer, Prinzenstraße 70, nahe Moritzplatz. Empfehle aus guten Reichendstoffen geistliche elegante neue Herren-Garderobe.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeit. Deutschl. Filiale Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Böttcher Karl Zittlau.

Richard Kirchoff. Die Heiratsverlobte Gottin Frida Kirchoff geb. Bahnmann und Kinder Hedwig und Hilda.

Kostüme aus prima Stoffen. Große Auswahl in allen Größen! Wasserdichte Mäntel, alle Farben und Größen.

Ziehung 1. und 2. Juni 1917 Rote-Geld-Lotterie. Hauptgewinne 200000, 60000, 30000, 10000.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung und gegen bar. Damen-Moden, Herren-Anzüge, Paletots, Ulster.

Spezialarzt Dr. med. Coleman für Haut-, Horn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Seinkrankheiten.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90. Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden.

Gänsefüßchen. Irhter Tag! Stock 3,95-4,45. Spitzgänsefüßchen 14,95.

Zeigen schon verkauft! Die Original Standard Bereifung für Fahrräder.

Sektforcken | Weinforken 25 Pf. das Stück 3 1/2 Pf.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake. F. Ernst Borch, Eisenstr. 21. Alkoholfreie Getränke.

Erscheint 2 mal wöchentlich. Otto Wolff, Treptow, Krügel 14. Jachas, Gr.-Lichterf., Chaussee 114.

Bezugsquellen-Verzeichnis. August Holz, 13 Datteln-Gasse 11. Brauerei Bötzwil, empfehlen Qualitätsbiere.

Unternehmende Geschäfte empfehlen sich d. Einkauf. Kuhn, Hütten, Polkwars Vester, E. Damm 15/17.

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21. 21 Alt Moabit. Allester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb.

Eine aufregende Jagd.

An Bord des englischen Minenfängers X 816. Was deutsche Minen unsern Gegnern zu schaffen machen, erzählt ein interessanter Artikel des Pariser „Journal“ vom 4. Mai, „la Pêche infernale“ — der höllische Fischfang.

Da wären wir nun an den Punkt gelangt, wo unsere Aufgabe beginnen soll. In einer Breite von etwa sechshundert Metern ist auf etwa fünfzig Meilen für eine minenfreie Durchfahrt zu sorgen, damit sie in völliger Sicherheit von all den Schiffen befahren werden kann, deren Ladung so notwendig ist, daß der Verkehr ebenso wenig stocken darf, wie der Pulsschlag des Herzens einen Augenblick aussetzen dürfte.

Es ist fünf Uhr früh. Ein bleigroter Morgen, bei dem Wellen und Himmel in eins verschwimmen. Unser Minenjäger-Geschwader besteht aus sieben Schiffen. Sechs davon gehen in Staffeln paarweis hintereinander dem eigentlichen Minenfang nach.

Die Wirkung ist so sicher, so schnell und so kräftig, daß die Minenfänger, die leider nur allzu oft auf eine Mine fahren, innerhalb von 30—30 Sekunden nach der Explosion vom Meer verschlungen sind.

Die See geht hoch und das Schiff rollt ganz entsetzlich. Plötzlich tönt eine Sirene. Die beiden Führerschiffe — eins ziehen sie Joffre und Sainte Agnès — haben eine Mine entbeut.

Die deutschen Unterseeboote, die je nach ihrer Konstruktion 14 bis 34 Minen tragen können, verankern mit Vorliebe eine Mine in der Nähe der andern. Und in der Tat, kaum hat unser Funker, dem schon vier Schiffe unter ihm weg explodierten, den nächstliegenden Dampfer eine Warnung signalisiert, als auch der neben mir auf einer die Kommandobrücke überragenden Rahe hockende Kapitän für die Dauer eines Augenblicks hinter einem hohen Wellenberg

die schwarze Masse einer treibenden Mine erblickt. Eine Sekunde später ist sie verschwunden. Nun heißt es, nach ihr fahnden. Alle Mann sind auf Deck, suchen mit brennenden Augen die schaumdurchsuchte Meeresfläche ab.

Wir kamen diesmal noch mit heller Haut davon. Plötzlich sahen wir eine glänzende schwarze runde Masse wie einen Seehunds- rüden vor uns auftauchen. Drohend nickten uns aus den grünlichen Wogen die vier tobbringenden Öhrner zu.

Gewehr zur Hand, postieren wir uns, besonders für diesen Zweck geeignete Kugeln werden verteilt, und in ungefähre zweihundert Meter Entfernung eröffnen wir das Feuer.

Aber das ist nur eine von vielen. Es heißt weiter suchen. Die Jagd nimmt ihren Fortgang in einem Schweigen, das nur durch das gleichmäßige Gurren der Maschinen und das unruhige Vibrieren der Kabelbefestigung unterbrochen wird und nach dem vorangehenden Lärm doppelt unheimlich wirkt.

Aus dem Reich der Insektenfresser.

Die von den Laien im allgemeinen wenig beachtete Gruppe der Insektenfresser stellt hinsichtlich zahlreicher Wertwürdigkeiten der Körperbildung und der Lebensweise zweifellos eine der sonderbarsten und darum interessantesten Tierfamilien dar.

Die ihnen noch übriggebliebene Vielseitigkeit aber verleiht ihnen noch immer viel Wertwürdiges, wovon Dr. L. Reinhardt einiges im „Prometheus“ zu berichten weiß. Gemeinsam ist fast allen Arten insofern der langen Kiefer spitze Schnauze mit den 44 winzigen Zähnen der Ursänger. Die meisten halten sich auch an die bei ihnen beliebte Nahrung des Winter- oder Sommerkäfers, den sie stets zu halten pflegen, wenn die ihnen zur Nahrung dienenden Insekten sich vor der Dürre oder Kälte in unerreichbaren Verleiden geborgen haben.

Geradezu bewundernswerte hauswirtschaftliche Talente zeichnen unseren einheimischen Maulwurf aus. Als weitblickender Hausvater legt er sich rechtzeitig einen beträchtlichen Wintervorrat an Regenwürmern an, die er haufenweise in seinem Nest zusammenträgt.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg. „Ein gemachter Mann!“ Das landläufige Wort erfüllte ihn mit dem Duft aller Jugendfreuden; er hätte die Arme ausbreiten, durch Sturm und Gestöber dem Frühling seines Lebens entgegenzufliegen.

„Du aber hast auch deine Verdienste, Bob, versteht sich!“ schmeichelte er abspringend dem für seine kräftige Figur fast zu zartfrägen Braunen, wobei er eines Sieges gedachte, den er bei den letzten Luzerner Rennen errungen hatte.

Vor dem Stall stieh er auf eine Gruppe, die ihm weniger behagte. Ein paar Schlosser oder Biergepflogen von der benachbarten Kaffeebude waren wieder einmal auf Besuch bei den Anechten und zu deren Gaudium gerade damit beschäftigt, drei vor der Lüre angebundene Kinder nach Alter, Gewicht und Wert abzusuchen.

drohend die Öhrner senkte und der Experte einen entsetzten Seitensprung machte, mußte sogar der hinzutretende Offizier wider Willen lachen.

„Hol's der Satan! Bis ich das Gefindel einmal mit der Peitsche hinauspediere!“ Inrutschte der eitle, junge Herr, der sich gerade vorstellte, welchen Eindruck eine solche Szene auf seine Zukünftige machen würde.

Ernüchtert, besorgt trat er in das nach Samstag und Seife duftende Haus. Auf den Sandsteinstufen im Flur waren zum Schutz gegen die rutschigen Holzschuhe und Riststiefel der Anechte wie gewohnt die Zeitungen der Woche ausgebreitet; ein schüchternes Dellämpchen, das die sparsame Hausfrau verriet, blinzelte dem tastenden Gaste zu: „Nur Mut, es wird nicht gleich den Hals kosten!“ und ein drohen-

besondere Wertwürdigkeit sei schließlich noch die von Dr. Reinhardt betonte, geradezu unschätzbare Raubgier des kleinsten Säugetiers der Erde, nämlich der in Südamerika lebenden ruffischen Spitzmaus erwähnt, die nur 8,5 Zentimeter groß wird.

Ist ein menschlicher Schwebeflug möglich?

In den theoretischen Erörterungen, die sich nach wie vor mit noch ungelösten Flügelproblemen des Menschen beschäftigen, taucht immer wieder die Frage des sogenannten „Schwebefluges“ auf. Die Anhänger dieser Theorie gehen von der Ansicht aus, daß es möglich sein müsse, die Maschine anzuschalten und allein durch mit Muskelkraft hervorgerufene Schwebebewegungen mechanischer Hilfsmittel den Menschen in freier Luft schwebend zu erhalten.

Notizen.

— Vorträge. Dr. Hans Schimant hält am Sonnabend, den 19. Mai, 8 Uhr in der Aula der Dorowstr. 12 einen Vortrag über Paradox.

— Theaterchronik. Dr. Hanns Schindler, der bisherige Direktor des Intimen Theaters in Nürnberg, übernimmt am 1. Juni für die Sommerpielzeit die Leitung des Trianon-Theaters und eröffnet seine Tätigkeit mit dem „Star“ von Wahr.

— Die letzte Raste, Kinodrama von R. Mäurer, mußte von Wilhelm Maule (München), erlebte am Hoftheater in Karlsruhe ihre erfolgreiche Uraufführung. Mäurer hat den Stoff in den 8 Bildern geschickt aufgebaut.

— Die eingeschmolzene Katharina. In Jekaterinoslaw ist auf Anordnung der Behörden das Standbild Katharinas II. von seinem Standplatz entfernt worden.

Groß-Berlin

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 76 der Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Haferflocken oder Hafergrübe, auf Abschnitt 76 100 Gramm Graupen. Die Abschnitte sind von heute bis Dienstag, den 22. Mai, in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Auch im Juni erhalten Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre je 1 Pfund Haferflocken. Die zur Empfangnahme berechtigenden Bezugsscheine werden von den Kommissionen vom 20.-25. Mai in der bisherigen Weise verteilt.

Auf Abschnitt 22 der Eierkarte können vom 21. Mai bis einschließlich 3. Juni drei Eier entnommen werden. Gansbrühe und Nudeln erhalten auf Bezugskarte 22 zwei Eier.

Kindern, die das zweite Lebensjahr noch nicht überschritten haben, wird einmalig ein Paket Leibniz-Keks gewährt. Die Bezugsscheine dazu werden von den Brotkommissionen vom 20.-25. Mai gemeinsam mit den auch für Kinder bis zu zwei Jahren bestimmten Haferflocken-Vorzugscheinen und den Vollmilchmarken ausgegeben werden. Die Bezugsscheine sind bis zum 31. Mai in einem der durch hellblaue Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäfte zur Anmeldung vorzulegen. Die Ware wird einige Tage nachdem vorhanden sein. Die Geschäfte sind bei den Brotkommissionen bekannt. Die auf den ursprünglichen für den Monat April vorgesehenen Bezugsscheine vermerkte Anmeldefrist ist bis zum 31. Mai verlängert.

Genußmittel „Ersatz“.

Ueber Kakao, Kaffee, Tee und ihren Ersatz sprach Prof. Löwenherz im Botanischen Museum. Für diese Genußmittel, die wir nicht im Inland erzeugen, wäre ein Ersatz jetzt sehr willkommen. Schon in Friedenszeiten hatte der Handel manches, was er so bezeichnet, auf den Markt gebracht. In der Kriegszeit, wo die Suche nach Ersatz für knappgewordene Nahrungs- und Genußmittel mit Eifer betrieben wird, hat man für die schwer zu erwerbenden Genußmittel allerlei Stellvertreter vorgeschlagen. Etwas dem Kakao Ähnliches kennen wir nicht, so daß hier nur Streckung, z. B. durch Zugabe von Kakaosäuren oder von Natronmehl, möglich ist. Für Kaffee gab es längst eine stattliche Reihe von durch Küstung hergestellten Ersatzstoffen, unter denen Kichorinwurzel, Gersten- oder Roggenkörner und Eicheln wohl die bekanntesten sind. Löwenherz nannte noch die Ruderkrone, neben der seit Kriegsausbruch auch die Futterkrone als Kaffee-Ersatz in Aufnahme gekommen ist, ferner die Rohrkrone, die Kartoffel, weiter die Schwarzwurzel, die Wurzel vom Löwenzahn und als neues Ersatzmittel die Duedenwurzel, sodann von Samen noch Maiskörner, Bucheckern, Spargelsamen, Verbergenisamen. In der Kriegszeit hat die Weichdornfrucht die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, doch gelangt der daraus hergestellte Kaffee-Ersatz nicht in den Handel, sondern bleibt zur Verteilung unter Schwerarbeiter vorbehalten. Vor dem in älteren Lehrsüchern noch empfohlenen Weichdorn warnte Löwenherz, weil der Samen ein Gift enthält. Als Ersatz für Tee werden hauptsächlich getrocknete Blätter der Erdbeere, der Himbeere und der Brombeere verwendet, wobei eine Mischung aus diesen drei Pflanzen (zu je einem Drittel) sehr beliebt ist. Zugabe von Walnussöl, von Pfefferminz oder von Lindenblüte soll das Aroma verbessern. Die deutschen „Tees“, die auf den Markt kommen, sind im Botanischen Institut untersucht worden. Manche Sorten waren aus den verschiedensten Pflanzen zusammengesetzt, aus Brombeere, Himbeere, Erdbeereblättern, Lindenblüte, Rosenkornen, Heidekraut, Schafgarbe, Stiefmütterchen, Gänseblümchen, Fenchel usw. Während Löwenherz diese Bestandteile und auch das zur Färbung des Tees beigeigete Sandelholz als einwandfrei gelten ließ, erklärte er die in solchem Tee gelegentlich auch gefundenen Mohlkapselstücken für bedenklicher. Im übrigen äußerte er sich vom Standpunkt des Botanikers gegen den übertriebenen Eifer, der sich auf alle irgendwie als Nahrungs- und Genußmittel verwendbare Pflanzen stürzt und dabei manche an einzelnen Standorten ganz austrottet.

Der Verbrauch des englischen Gases in Groß-Berlin. Nachdem nunmehr die Gebote auf die Englische Gasanstalt abgegeben sind, ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, wie hoch der Verbrauch an englischem Gas in den Stadt- und Landgemeinden Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Zehlendorf, Lichterfelde, Landwig, Steglitz, Mariendorf und Mariensfelde ist, die sich zu der bekannten Vereinigung zusammengeschlossen haben. Legt man das letzte Friedensjahr 1913 zugrunde, so betrug der Verbrauch an englischem Gas in Berlin 49,25 Millionen Kubikmeter, in Schöneberg 31,13 Millionen Kubikmeter, in Wilmersdorf 26,84 Millionen Kubikmeter, in Friedenau 6,99 Millionen Kubikmeter, in Zehlendorf 3,48 Millionen Kubikmeter, in Lichterfelde 7,55 Millionen Kubikmeter, in Landwig 1,21 Millionen Kubikmeter, in Steglitz 11,17 Millionen Kubikmeter, in Mariendorf 2,88 Millionen Kubikmeter und in Mariensfelde 0,42 Millionen Kubikmeter. Der Gesamtverbrauch dieser Vereinigung an englischem Gas belief sich also im Jahre 1913 auf 140,7 Millionen Kubikmeter, während die Gesamtabgabe der Englischen Gasgesellschaft 161,9 Millionen Kubikmeter im Jahre 1913 betrug.

Zur Behebung der Kleingeldnot hat die Berliner Handelskammer an das Reichsfinanzamt und das Reichsbankdirektorium eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf die großen, besonders in Groß-Berlin unliebsam hervorgetretenen Schwierigkeiten, z. B. auf der Straßenbahn und in Warenhäusern, gebeten wird, die Neuprägung von 1, 2, 5- und 10-Pfennig-Stücken in möglichst harten Umfänge fortzusetzen. Ferner aber hält es die Handelskammer für dringend erforderlich, daß die einzige, bis jetzt unrichtig gebliebene Silbermünze von 50 Pf. einen Ersatz findet. Dieser sollte, wenn er sich aus manüskriptischen Gründen in Petalform nicht schnell beschaffen läßt, als Papierchein geschaffen werden. Die Handelskammer empfiehlt, zu den schon vorhandenen Darlebenskassen eine weitere im Werte von 1/2 M. hinzuzufügen und in großen Mengen herzustellen.

Wöchentlich nur 5000 M. Arbeitslosenunterstützungen. Die für die öffentliche Arbeitslosenfürsorge Berlins gezahlten Beträge sind infolge der starken Beschäftigung aller Arbeitergattungen von Woche zu Woche zurückgegangen. Noch Anfang Dezember 1916 beliefen sich die von der Stadt Berlin, von Organisationen der Arbeiter und Angestellten und von der Landesversicherungsanstalt Berlin gezahlten Beträge für Arbeitslosenunterstützungen auf 7873 M.; dann sanken sie in der zweiten Januarwoche 1917 auf 6170 M., um in der letzten Berichtswochen vom 19. bis 25. Februar noch unter 5000 M., auf 4949 M. zu sinken. Der weitaus größte Teil der Arbeitslosenunterstützungen wird von der Stadt Berlin getragen.

Petroleer Brotartenkäufer. Am Hadeschen Markt häufte ein gutgekleideter Herr zwei Frauen, die sich an der Straßenbahnhaltestelle über Brotmangel unterhielten, das Wort „Brotmarken“ zu. Die Frauen verstanden und folgten dem Rat, an den nächsten Hausfrau. Hier zog der freundliche Schieber eine Anzahl Pakete hervor, aus denen der obere Teil von Brotarten heransah. Die Umhüllung lag so fest um die Karten, daß sie nur durch Zerreißen entfernt werden konnte. Die beiden Frauen erwarben arglos die „Wertpapiere“. Die eine zahlte für ein Paketchen 30 M., die andere 16 M. Erst zu Hause merkten beide, daß den oberen Teil verbrauchter Brotarten leeres Papier ähnlicher Art angeklebt war.

Auf diesen neuen Schwindel dürften noch mehr Frauen herein-gefallen sein.

Weniger Hater für Pferde. Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Vom 1. Juni ab tritt im Interesse der Sicherstellung der Haferversorgung des Heeres eine allgemeine Herabsetzung der Haferration der Zivilpferde auf 8 Pfd. täglich ein. Für die Pferdehalter ohne andere selbstgewonnene Futtermittel kommen zum Ausgleich der Kürzung der Haferration erhöhte Mengen an Zusatz- und Ersatzfuttermitteln zur Verteilung.

Doppelfelbstmord. In dem Hause Langestraße 71 betrieb der 55-jährige Barbier Otto Böttcher schon seit einer Reihe von Jahren ein gutgehendes Geschäft, das im Kriegs- sehr zurückgegangen war. Dazu kam, daß Frau Böttcher seit geraumer Zeit schwer krank war und das Leben sich durchaus nicht bessern wollte. Dadurch bemächtigte sich der beiden Leute, die sehr aneinander hingen, Schwermut, und sie beschloßen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Diesen Entschluß führten sie aus, indem sie die Gashähne der Wohnung öffneten und im Bett liegend den Tod erwarteten. Sie hatten einen Brief an ihre Tochter, die zurzeit verreist war, hinterlassen, in dem sie die obigen Gründe angaben.

Bergiftungstod zweier Kinder. Der in Heinersdorf wohnende Arbeiter Juchow hatte eine Schachtel voll Giftstoff, der zum Weizen verwendet wird, achlos fortgeworfen. Spielende Kinder hielten den Inhalt, weißes Pulver, für Zucker und öfen davon. Das zweijährige Töchterchen des Juchow und ein 7 Jahre alter Sohn des im Felde lebenden Arbeiters Hartmann wurden nach dem Genuß des Giftes sofort von großen Schmerzen befallen und mußten in bestmöglichen Zustande nach dem Panlauer Krankenhaus geschafft werden. Trotz eifrigster Bemühungen starben die Kinder bald nach ihrer Aufnahme unter entsetzlichen Schmerzen. Ein drittes Kind, das nur wenig vom Gifte genommen hatte, befindet sich in ärztlicher Behandlung, Lebensgefahr liegt bei ihm nicht vor.

Straßenunfälle. An den Folgen eines Straßenunfalls gestorben ist der 64 Jahre alte Hauptmann a. D. Hundt aus der Schwerinstr. 19. Als er am Mittwoch an der Ecke der Potsdamer Straße den Fahrdamm der Kälberstraße überschreiten wollte, scheuten plötzlich die Pferde eines Geschäftswagens vor einem nahenden Hochbahnzug. Sie sprangen beiseite und der alte Mann geriet unter die Räder. Mit schweren Verletzungen wurde er nach seiner Wohnung gebracht. Hier ist er am Donnerstag gestorben. — Der 26 Jahre alte Arbeiter Joseph König aus der Bismarckstr. 56 begleitete seinen Bruder, der bei ihm zu Besuch weilte, mit dem Rade, während dieser auf der hinteren Plattform eines Straßenbahnwagens stehend zum Lehrter Bahnhof fuhr. Er fuhr immer in unmittelbarer Nähe des Straßenbahnwagens und unterließ sich mit dem Bruder. So kam es, daß er am Brink-Karl-Platz überfuhr, daß von der entgegengesetzten Seite ein Wagen der Linie 4 kam. Von diesem wurde er erfasst und mit solcher Wucht vom Rade geschleudert, daß er regungslos liegen blieb. Als man ihn in die Charité einlieferte, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

Unbekannte Leiche gefunden. Aus dem Verbindungskanal wurde an der Sidingenstraße eine weibliche Leiche gefunden. Es handelt sich um ein etwa 20-jähriges Mädchen, anscheinend eine Arbeiterin. Die Leiche ist mittelgroß, schlank und hat dunkelblondes Haar. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Die Persönlichkeit der Verstorbenen konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben, daß drei Finger der linken Hand verkrüppelt sind.

Aus dem Nordhafen gelandet wurde die Leiche eines unbekanntes Mannes von etwa 35 Jahren. Der Tote trug ein graugeschleiftes Jackett, dunkle Hose, graue Strümpfe und schwarze, schabartige Schnürschuhe. Die Leiche wurde dem Schauhaus überwiefen.

43 000 M. erschwindelt. Der 45 Jahre alte Kaufmann Kron Wilde, der zulezt in der Tilo-Bardenberg-Str. 11 wohnte, schloß mit einem auswärtigen Geschäft, dem er früher schon Waren verkauft hatte, die Lieferung von Nähgarn im Werte von 43 000 M. ab. Ahnungslos bezahlte dieses nach Eintreffen des Duplikatfrachtbriefes der Vereinbarung entsprechend den Kaufpreis. Bei der Öffnung der später eingehenden Kisten fand man jedoch statt des Garns Nieselsteine. Inzwischen war bei Wildes zurückgebliebenen Angehörigen ein Brief aus Hamburg eingegangen, worin er schreibt, daß er beschloßen habe, sich das Leben zu nehmen. Das erschwindelte Geld sei ihm von Halschneidern abgenommen worden. Wilde ist wegen ähnlicher Betrügereien schon vorbestraft. Die Kriminalpolizei glaubt nicht an den Selbstmord, nimmt vielmehr an, daß W. sich vielleicht sogar noch in Groß-Berlin verborgen hält.

„Alfred von Lippertsdorf“ nannte sich ein vielseitiger und vielgestalteter Schwindler. Als Betrügerien, die er beging, liefen darauf hinaus, daß er versprach, Lebensmittel zu beschaffen und sich zu deren Einlösung Beträge von 100 bis 400 M. geben ließ. In den meisten Fällen erschien er in der Uniform eines Nachtmeisters mit dem Eisernen Kreuz bei bessergestellten Zimmervermieterinnen und erzählte, daß er von dem Schlachtfelde bei Arras komme und den Auftrag habe, für zwei Offiziere Zimmer zu mieten. Im Laufe des Gesprächs erwähnte er dann, daß er Lebensmittel vom westlichen Kriegsschauplatz beschaffen könne. Wenn er dann, um diese einzulösen zu können, Geld erbat, so erhielt er es ohne Schwierigkeiten in gewünschter Höhe. Nachdem er wegen vieler solcher Schwindelereien gefaßt wurde, gelang es jetzt in Schöneberg, seiner habhaft zu werden. Der Gauner wurde festgesetzt als ein fahnenflüchtiger Signalist Kurt Sinn.

Charlottenburg. Lebensmittelnachrichten. In der nächsten Woche gelangen zur Ausgabe: Kartoffeln 5 Pfund, Rucherwaren auf Abschnitt 68 und 84 der roten Nahrungsmittelkarte, Weizholzwurk 1 Pfund auf Abschnitt 85 vom 17.-23. Mai, Dörrgemüse oder Dörrtomat 30 Gramm auf Abschnitt 86 und Kohlrübenknäuel 50 Gr. auf Abschnitt 87 für die Zeit vom 17.-26. Mai, Graupen bezw. Gerstengröße und Hafermehl je 125 Gramm, erstere auf Abschnitt 88 vom 18.-26., letztere auf Abschnitt 89 vom 24. Mai bis 2. Juni. Abschnitt 90 wird vom 24. Mai bis 2. Juni mit 250 Gramm Kriegsmus oder Sirup eingelöst. Auf die Nahrungsmittelkarte für Jugendliche werden auf Abschnitt 6 125 Gramm Hafermehl vom 21.-27. Mai ausgegeben.

Schöneberg. Lebensmittelverteilung. In der kommenden Woche gelangen zur Ausgabe: Fünf Pfund Kartoffeln und vom 21. ab drei Eier auf Abschnitt 22 der Eierkarte. Daneben werden verteilt: Auf Abschnitt 23 der Lebensmittelkarte 50 Gramm Weizgemüse (Zusätze) oder getrocknete Rohkrüben, Abschnitt 24 125 Gramm Weizengrieß, Abschnitt 25 1/2 Pfund Kriegsmus (ohne Voranmeldung), Abschnitt 4 der Nahrungsmittelkarte für Jugendliche zwei Pakete Mandel-Rosinen-Budding, Abschnitt 5 1/2 Pfund Speisefirup (ohne Voranmeldung). Der Verkauf von Früchten und Rucherwaren richtet sich nach den jeweiligen zurzeit sehr reichlichen Zufuhren. Von Montag bis Donnerstag findet die Anmeldung für die Verteilung von Einmachegütern und Brotaufstrichmitteln statt. Von Freitag ab wird 1/2 Pfund Himbeerjast für die Jugendlichen ohne Voranmeldung ausgegeben.

Wilmersdorf. Abgabe von Zucker oder Brotaufstrichmitteln. Auf Abschnitt N der Bezugskarte für Einzelpersonen (2. Ausgabe, grün) entfallen für jeden Einwohner entweder 2 1/2 Pfund Brotaufstrichmittel (Kunsthonig, Süßfrucht-Marmelade, Speisefirup) oder 2 1/2 Pfund

Zucker. Die Anmeldung hat vom 18. bis einschließlich 22. Mai bei demjenigen Händler zu erfolgen, in dessen Kundenliste zum Bezug von Zuckern und Graupen der Anmeldebogen eingetragen ist. Dem Anmeldebogen steht es frei, einen Teil seiner Karten zur Anmeldung von Brotaufstrichmitteln den anderen Teil zur Anmeldung von Zucker zu verwenden. Die früheren Bestimmungen über die Abgabe der genannten Waren (vom 11. Mai), mit Ausnahme der Bestimmungen betreffend Kriegsmus, sind außer Kraft gesetzt.

Lichtenberg. Stadtrat Gustav Kießel, der erste Ehrenbürger der Stadt, ist am Himmelfahrtstage im Alter von 74 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. 1891 wählte ihn die Gemeinde Lichtenberg zum unbesoldeten Schöffen. Aus Anlaß seines 25-jährigen Jubiläums als Schöffe und Stadtrat der jetzigen Stadtgemeinde ernannten ihn die städtischen Behörden zum ersten Ehrenbürger Lichtenbergs, nachdem sie ihm bereits früher die Würde eines Stadtschöffen verliehen hatten. Besondere Verdienste hat sich der Verstorbenen um die Gas- und Wasserversorgung Lichtenbergs erworben; auch an der Stadtwerdung Lichtenbergs und der Eingemeindung von Porphagen-Mummelsburg hat er hervorragenden Anteil.

Friedrichsfelde. Nach einer neueren Anordnung der Kriegs- Rohstoffabteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums müssen jetzt sämtliche beschlagnahmten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinmetall abgeliefert werden. Die in Frage kommenden Besitzer werden deshalb aufgefordert, derartige Gegenstände umgehend, spätestens bis zum 31. Mai 1917, an unser Lager, Wilhelmstr. 9, das für diesen Zweck täglich, außer Mittwochs und Sonnabends, von 11-12 Uhr geöffnet ist, abzuliefern.

Weißensee. Einrichtung einer Gemeinde-Müllfabrik. Von zureichender Seite wird mitgeteilt: Um eine möglichst schnelle und ausgiebige Wertverwertung aller Schlachtabfälle sicherzustellen, hat die Gemeinde eine kommunale Müllfabrik einrichten lassen, die dem Schlachthaus der Fleischverteilungsstelle unmittelbar angeschlossen ist. Alle irgend für die menschliche Ernährung geeigneten Abfälle gelangen so auf kürzestem Wege in völlig frischem Zustande und ohne daß Verluste eintreten können, in die mit elektrischem Antrieb versehenen Fleischmaschinen, um dann zu Würsten verarbeitet zu werden. Die so hergestellte frische Blut- und Lebertwurst wird auf Grund der Fleischkarten demnach zur Abgabe gelangen.

Treptow. Lebensmittelverteilung. In der kommenden Woche gelangen zur Verteilung: 5 Pfund Kartoffeln, 125 Gramm Haferflocken oder Gerstengröße, 200 Gramm Kriegsmus, 2 Eier, außerdem für werdende und stillende Mütter 2 Eier. Ferner ohne jede Einschränkung: Frühgemüse, Dörrgemüse, Gewürzkräuter, Speiseöl, Nudeln, Sauerkraut, Bouillonwürfel, getrockneter Klippfisch, Rucherwaren, gefälschter Dorsch, Flüssmilch, Fischmarinaden und Rucherwaren.

Tempelhof. Lebensmittelverkauf. Auf Abschnitt 1 der roten Lebensmittelkarte wird 1/2 Pf. Sauerkraut für 5 Pf. in den öffentlichen Verkaufsstellen Berliner Str. 120 und Ringbahnstr. 57 verkauft. Verkaufsstellen sind in der öffentlichen Verkaufsstelle Werderstr. 8 an Inhaber einer Magermilchkarte, je 1 Pf. zu 85 Pf., abgegeben. Für Kinder bis zum zweiten Lebensjahre sind die Milchkarten mit einem farbigen Kreis versehen. Diese Karten haben ein Vorzugsrecht bei der Anmeldung. Dementsprechend dürfen bis zum 22. Mai einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten angenommen werden. Die übrigen Vollmilchvergabeberechtigten haben ihre Karten zwecks Abtrennung der Kontrollabschnitte dem Milchhändler am 22. und 24. Mai vorzulegen. Auf Abschnitt 2 der roten Lebensmittelkarte wird 1/2 Pf. Kunsthonig zum Preise von 55 Pf. das Pfund abgegeben; auf Abschnitt 3 der roten Lebensmittelkarte 1 Suppenwürfel zu 10 Pf. Auf Abschnitt 68 der blauen Lebensmittelkarte werden 300 Gramm Speisefirup zu 24 Pf. abgegeben. Diese Waren müssen bis Montagabend entnommen sein.

Landwig. Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche gibt es auf die Reichsfleischkarte nur 100 Gramm, für Kinder 50 Gramm Fleisch. Bis zum 24. d. M. erhalten die Einwohner 2 Eier zu 31 Pf. das Stück. Führerhalter sind davon ausgeschlossen. Außerdem kommt 1/2 Pfund Sirup zu 25 Pf. aber 1/2 Pfund Kriegsmus zu 80 Pf. zur Verteilung.

Friedrichshagen. Sirupverteilung. Heute gelangt auf Abschnitt K ein halbes Pfund Speisefirup zum Preise von 20 Pf. zur Verteilung. Anstatt von Sirup kann auch event. Kunsthonig zum Preise von 55 Pf. pro Pfund entnommen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Landwig. Sonntag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, bei L. Dahn, Kaiser Wilhelmstr. 34: Mitgliederversammlung. Gäste und „Vorwärts“-Leser willkommen.

Industrie und Handel.

August Thyssen.

Einer der erfolgreichsten Kapitäne der deutschen Industrie, August Thyssen, ist am 17. Mai 75 Jahre alt geworden. Er hat ganz klein angefangen. Noch 1877 stellte die Firma Kommanditgesellschaft Thyssen u. Cie. nur Band- und Stabeisen her und beschäftigte nicht mehr als siebzig Arbeiter. Heute verfügt Thyssen, dem eine unerwähnte Arbeitskraft und eiserne Energie nachgerühmt werden, über große Bergwerke und Hüttenanlagen, über Hoewereien, Handelsgesellschaften und einen gewaltigen Lokomotiven- und Wagenpark. 1914 waren die Thyssenwerke beteiligt an: der Kohlenförderung mit 5 000 000 Tonnen, an der Roheisenzeugung mit 1 550 000 Tonnen, an der Stahlerzeugung mit 1 750 000 Tonnen.

Durch den Kriegsausbruch erlitt Thyssen schwere Verluste. Er hatte zur Beschaffung hochwertiger Erze in Südrussland, Algerien, Frankreich und Brasilien gewaltige Erzlagerstätten angekauft, die natürlich als Eigentum eines feindlichen Ausländers behandelt wurden. Dafür entschädigten ihn aber die kolossalen Kriegsvordienste, die er im besonderen, wie die ganze deutsche Montanindustrie im allgemeinen machte. Seine Maschinenfabriken nahmen einen ganz gewaltigen Aufschwung. Nach der „Reichs-Beifallschen Zeitung“ waren in der Mühlheimer Maschinenfabrik Thyssen u. Cie. 1913 3000, 1916 aber 14 500 Arbeiter beschäftigt. Heute ist ihre Zahl auf 22 000 gestiegen, wovon 7000 Frauen sind. Vor dem Kriege beschäftigte Thyssen im ganzen 50 000 Arbeiter und Werke. Thyssen dankt seinen Erfolg der raschen Anpassung an alle technischen Fortschritte und einer glänzenden Finanzverwaltung. Als einer der Ersten erkannte er, daß Kohle und Eisen zusammengehören und entwickelte daher die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ zu einem der gewaltigsten gemischten Betriebe. Als dann der Thomas-Gilchrist-Prozess die Ausnützung der phosphorhaltigen Minetteerze erlaubte, da war es wieder August Thyssen, der mit Errichtung eines gewaltigen Werkes in Hagenbahndreieck voranging.

Eine Eigentümlichkeit der Thyssenschen Unternehmen ist es, daß sie ganz auf der Arbeitsfähigkeit eines im Mittelpunkt stehenden Leiters aufgebaut sind. Thyssen hat es verstanden, an seinem Be-

frühe weitere Kreise durch Umwandlung der Unternehmen in große Aktiengesellschaften teilnehmen zu lassen. Seine Unternehmen haben zwar manchmal die Form von Aktiengesellschaften, aber mit lächerlich niedrigem Aktienkapital, das sich zudem fast ausschließlich in den Händen August Thissens befindet. Man darf mit Spannung die Entwicklung dieser Unternehmen erwarten, wenn ihr leitender Schöpfer einmal der Erde seinen Tribut gezollt hat.

Wahrung deutscher Privatrechte in Russland.

Der deutsche russische Wirtschaftsausschuss wird am Dienstag, den 16. Juni in Berlin eine erste allgemeine Tagung abhalten, in der die handelspolitischen Grundlagen und praktischen Maßnahmen für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, die Sicherung der Gläubiger, die Wahrung alter Verträge und die Entschädigung besprochen werden sollen.

Aus der Margarine-Industrie

kommt die tröstliche Mitteilung, daß Erzeugung und Anlieferung von Margarine regelmäßig und gleichmäßig geworden ist. Manche Werke haben sogar nicht unerhebliche Bestände an Fertigwaren und Rohmaterial angehäuft. Durch die Temperatursteigerungen wird die Ware gefährdet, so daß jetzt über Nachverteilung von 1500 Tonnen verhandelt wird. Daß Gefahr im Verzug ist, wird dadurch bewiesen, daß die Einkaufsorganisation der Gemeinden im Königreich Sachsen die Margarine wegen schlechter Beschaffenheit abgelehnt und ihre Umarbeit verlangt hat.

Soziales.

Der 14. ordentliche deutsche Genossenschaftstag.

Der 14. ordentliche deutsche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet am 18. und 19. Juni in Nürnberg statt. Außer den Referaten über die Entwicklung des Verbandes und seiner verschiedenen Organisationen, die von Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Hülsmann und Heinrich Lorenz (sämtlich in Hamburg) gehalten werden, steht auf der Tagesordnung ein Vortrag Hülsmanns über die Kriegsteuererhebung, ein solcher von Franz Feuerstein-Stuttgart über die öffentlich-rechtliche Stellung der Verbraucher, sowie ein Referat Wolf Nupprechts über den Ausbau des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens. Heinrich Lorenz wird Mitteilungen über den internationalen Genossenschaftstag machen.

In den Genossenschaftstag schließt sich die 23. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Hier sind die wichtigsten Punkte die Ausdehnung der Eigenproduktion und der Ausbau von Handelsbetrieben, sowie die für diese Erweiterungen notwendige Erhöhung des Stammkapitals um 4 Millionen Mark.

Aus aller Welt.

Explosionen.

In der Zuckerraffinerie Frankenthal ereignete sich am 16. nachmittags eine schwere Explosion. Ein Gebäude ist eingestürzt.

fügt. Das Dach des Kesselhauses wurde durchschlagen. Durch einen Kanal fuhr eine Stichflamme und zerstörte den Wählmaschinenbau. Zwei im Kanal beschäftigte Arbeiter sind gestorben, ein junger Zementierer wurde tot aus den Trümmern herbeigezogen, einer liegt noch darunter. 12 Personen wurden leicht verletzt.

Auf der Zeche Konstantin fand, wie aus Herne gemeldet wird, am 18. eine Explosion schlagender Wetter statt. Fünf Bergleute werden vermisst. Die Rettungsarbeiten sind im Gange, doch besteht wenig Hoffnung, die Verunglückten zu retten.

Nach der Meldung einer Korrespondenz aus Wiener Neustadt ereignete sich dort Donnerstag in der Fabrik für Desinfektionsapparate der Firma Thudfeld eine Explosion eines Sauerstoffbehälters. Drei Arbeiter wurden getötet, drei schwer, drei leicht verletzt. — Ferner entstand im Vakuum der dortigen Hyrotechnischen Anstalt der Firma Hanke u. Leibauer durch Unvorsichtigkeit eine Explosion, wodurch das ganze Gebäude zerstört wurde. Neun Arbeiter wurden getötet, mehrere schwer und mehrere leicht verletzt. Beide Fabriken sind Privatunternehmungen.

Ein gewaltiger Waldbrand wird aus dem Kreise Ludau gemeldet. Er soll am Donnerstag bei einem Braunkohlenwerk in der Nähe von Rodwitz entstanden sein. Durch die Windrichtung waren

die Dörfer Kleinargisch und Hohenargisch schwer bedroht. Beide Dörfer müßten geräumt werden. Alle Lösungsversuche scheiterten. Infolge des herrschenden Windes griff der Brand immer weiter um sich. Der prächtige Hochwald wurde in großer Ausdehnung durch Boden- und Wipfelfeuer vernichtet. Die Kolonie Grünhaus und die Oberförsterei in der königlichen Forstkomitee wurden schnell herbeigezogene Hilfe des Militärs aus Stettin und Torgau, der Feuerwehr aus Finsterwalde, der Jugendwehr u. a. geordert, wobei eine Aenderung der Windrichtung den Hilfsmaßnahmen zuvorkam. Die Flammen sind wohl eingegränzt, aber noch nicht gelöscht.

Unter den Trümmern des eigenen Hauses begraben. Ein tragisches Ende haben die Wittichen Eheleute in Malchdorf gefunden. Die beiden alten Leute bewohnten ein schon sehr baufälliges Haus, dessen Erneuerung und Ausbesserung dringend nötig war, aber immer, wohl aus Sparlichkeit, unterblieb. In einer der letzten Nächte stürzte die Decke und ein Teil des Dachstuhl ein. Als Nachbarn am nächsten Morgen hinzulanden, fanden sie die alten Leute tot auf. Der Tod war durch Ersticken eingetreten; die Körper wiesen auch schwere Verletzungen auf.

Verräucherungen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Wähig warm, zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wollig; wechlich der über leichte Regenschauer; frischweche Gewitter.

BUNTE VORTRÄGE
Kabarett Tivoli

Spielplan vom 16.-31. Mai:
Martin Löwe
Nanna Hartner
Fredy Moreno
Negro

Sonntags Anf. 4 Uhr, wochentl. 7 1/2 Uhr.
Großes Orchester: **Julius Meyer.**

Cottbusser-Damm 95 • Tivoli

BLUSEN! Fesch! — Elegant! — Große Auswahl! — Alle Preislagen! Eigene Fabrikation!

E. Schmidt, Blusenfabrik, Neukölln,
Bergstraße 151, 1 Treppe (Passage). Kein Laden.
Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Süd
Erweist sich als einmalig.
Bei Einkäufen empfohlen.

Fleisch- u. Wurstwaren:
Paul Müller, Friesenstr. 22.
Wohlthun, Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97.
A. Schleinitz, Mariannenstr. 14.

Uhren, Goldwaren u. S. Fenske, Cottbus-Damm 95.
Streng reell, anerkannt billig.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
Bei Einkäufen empfohlen.

Gelegenheitskäufe an
Kard. Flanagan, Alt-Moab 110.3
Charlottenburg 22.
Otto Gaeger
Mehlhdl. - Kolonialw.
Wilmersd. Str. 66 81.

Howawes
A. Kieper
Friedrichstr. 25
Damen- Kinder-Konfektion

Spandau
Paul Gaeger Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 67, Schönwalderstr. 12-14, Pichelsdorferstr. 12.
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwaren, Schönwalderstr. 57.
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck
Käsestr. Lamp. Gl. Parzell. Str. 11.
Ad. Tornow Markt 13, geg. 1889.

Kranz- u. Blumenspende
schnell und billig.
Turmstraße 56 **Dabers**
Wobitz 6174.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

H. JOSEPH & CO

Neukölln Garnierte Damenhüte Berliner Str. 51-55

Hutblumen

Röschentuff 58 Pf.
Rösch- u. Kirschenranken 1²⁵ 65 Pf.
Ranken in schönen Farben . 3⁵⁰ 2⁹⁵
Blumenaggraffen 2²⁵ 1²⁵

Schleier

Jugendl. Glocke in allen satten Blumentuffe u. hängenden Bandenden garniert 1⁵⁰

Hutformen

Breton-Formen rot u. in allen ander. Farben 7⁷⁵
Echte Tagal-Schute 14⁵⁰
Frauenhut Litze 4⁷⁵
Backfischformen kleidsame, in allen Farben 4⁷⁵

Handschuhe

Frauenhut m. vornehmer Blumengarnitur, in verschied. Farben 14⁷⁵

Weißwaren

Großer Rollkragen Glasbatist reich gestickt 3,75 M.
U-Bootkragen m. Schleife 4,75 M.
Matrosenkragen handgestickt m. Filetmotiv 5,50 M.

Weißwaren

Spitzen-Stuartkragen ... 3⁷⁵ 2²⁵ 1⁷⁵
Tüll-Passen zum Unterziehen . . 2⁹⁰ 2²⁵ 1⁹⁵
Kinder-Garnituren Matrosenform 2⁷⁵ 2¹⁰ 1⁷⁵
Kinder-Garnituren runde Form 3⁴⁵ 2²⁵ 1⁶⁵

Neuheiten in Damen- und Mädchen-Bekleidung

Sonntag, den 20. Mai von 2-6 Uhr geöffnet — Ab 28. Mai Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr vormittags

Sommer-Paletots **M. Schulmeister** **Sakko-Anzüge**
Sport-Paletots **Dresdener Straße 4** **Rock-Anzüge**
Loden-Pelerinen **Kottbusser Tor** **Jünglings-Anzüge**
Sonn- tags von 12-2 Uhr geöffnet
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.